

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 164 · 14. JAHRGANG · AUSGABE 9/2008 VOM 5. SEPTEMBER 2008 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | **Sogar noch als Ruine
leistet sie Widerstand**
Vom Abriß der Albert-Einstein-Schule

7 | **Wahlergebnis – Ausdruck
des kollektiven Willens?**
Zum Jahr der Mathematik

13 | **Hartz IV –
wie lange noch?**
Vier Jahre Montagsdemonstrationen

Zum Weltfriedenstag 2008

Ein »großer Krieg in naher Zukunft«?

Im Juni 2008 stellte Frankreich in einem »Verteidigungsweißbuch« seine militärpolitische Strategie und die militärischen Beschaffungspläne für die nächsten fünfzehn Jahre vor. In dem Dokument kommt die tiefe Sorge der herrschenden Eliten Frankreichs über die wachsenden globalen Spannungen zum Ausdruck. Dabei geht das Weißbuch von der Wahrscheinlichkeit aus, daß in naher Zukunft ein großer Krieg ausbricht: »In einer unsicheren und instabilen internationalen Umgebung kann eine französische Beteiligung an einem Krieg nicht ausgeschlossen werden. Bei den Planungen der Streitkräfte für die nächsten fünfzehn Jahre muß daher die Möglichkeit eines großen Konflikts in Rechnung gestellt werden.«¹

Sieht man die aktuelle weltpolitische Lage, scheint die Furcht vor einem »großen Krieg« nicht weit hergeholt. Die unverhohlene Kriegshetze gegen Iran wird zunehmend intensiver. Trotz des Ende 2007 bekannt gewordenen Eingeständnisses US-amerikanischer Geheimdienste, wonach der Iran sein militärisches Atomprogramm bereits spätestens 2003 eingestellt hat.

Mit Blick auf die immer unübersichtlicher werdende Lage in Afghanistan diskutiert man in der NATO derzeit darüber, ob die bei Aachen (Bundesland Nordrhein-Westfalen) stationierten AWACS-Flugzeuge der NATO nach Afghanistan verlegt werden.² AWACS-Flugzeuge dienen der Luftüberwachung. Nur – die afghanischen Aufständischen besitzen gar keine Fluggeräte. Sollen die AWACS-Flugzeuge einem möglichen Überfall auf den benachbarten Iran dienen?

Dabei werden die Positionen der internationalen Besatzertruppen in Afghanistan selbst immer prekärer. Es wird immer deutlicher, daß dieser Krieg militärisch nicht gewonnen werden kann. Nach 7 Jahren Krieg steigt der Einfluß der Taliban und deren Unterstützer nicht nur in Afghanistan. Mittlerweile haben sie auch in im Nordwesten Pakistans in vielen Gebieten die Kontrolle übernommen.³ Auch die Bundeswehrosoldaten im »sicheren Norden« Afghanistans werden immer öfter Ziel von Angriffen. Immer mehr kommen im Zinksarg oder als Krüppel nach Hause. Und es wird »zurückgeschossen«, wobei zunehmend Zivilisten getroffen werden. Deutsche Bundeswehrosoldaten wurden inzwischen zu Kindermördern. Nach unvollständigen Meldungen sind allein im August von deutschen Patrouillen zunächst ein unbewaffneter Schäfer und wenige Tage darauf eine Frau und zwei Kinder erschossen worden. Insgesamt sollen in diesem Jahr in Afghanistan schon mehr als 1.000 Zivilisten von den Besatzungstruppen und ihren einheimischen Verbündeten getötet worden sein. Inzwischen hört man davon, daß angegriffene Dorfbewohner sich mit spontanen Revolten gegen die Regierungstruppen auflehnen.⁴ Zur Niederschlagung des Widerstands sollen im Herbst zusätzlich 1.000 Bundeswehrosoldaten in die Kriegsregion entsandt werden.



Panzerbestauen in Eberswalde. Ideologische Kriegsvorbereitung während der Kriegswaffenschau »Das Heer«, die im Juli 2000 in Eberswalde präsentiert wurde. Über sterbende Soldaten und von der Bundeswehr erschossene Frauen und Kinder war damals nichts zu erfahren.

Der Überfall der US-hörigen Regierung von Georgien auf Südossetien, bei dem 2.000 Zivilisten starben, heizte die internationale Situation weiter an. Die einseitige Parteinahme der BRD-Bundeskanzlerin für den Aggressor wurde selbst in Regierungskreisen kritisiert.

Statt zunehmender Militarisierung der Gesellschaft zur Vorbereitung auf den nächsten »großen Krieg« kann es nur eine Lösung geben, die von der BRD auch im Alleingang begonnen werden kann. Ihr Einsatz auf friedliche Lösungen der Konflikte durch Verhandlungen und als Zeichen ihres ehrlichen Friedenswillens der Rückzug der Bundeswehr aus allen Krisengebieten. Deutschland kann nicht am Hindukusch verteidigt werden. Eine solche Politik führt vielmehr – wie schon zweimal in der deutschen Geschichte – in die Katastrophe.

»Nie wieder« – nach 1945 waren diese Worte in aller Munde. Heute sind sie vergessen. Erinnern wir uns wieder daran.

GERD MARKMANN

1 – zitiert nach: Thomas Mitsch, »Großer Krieg in naher Zukunft?«, vom 8. August 2008, in: www.scharf-links.de

2 – www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57318

3 – ND, 28.08.2008

4 – www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57318

»Dem Frieden eine Chance, Truppen raus aus Afghanistan«

+++ **Friedensdemo am 20. September in Berlin** +++

Der freie Wille

In diesem Jahr wird das neue Land Brandenburg volljährig und feiert seinen achtzehnten Geburtstag. Wahrlich ein Grund zur Freude. Jetzt könnte es richtig los gehen, vorwärts in die lichte Zukunft. Nach langen, harten Jahren der Unmündigkeit und Abhängigkeit könnte nun der freie Wille die Geschicke des Landes bestimmen.

Pünktlich zum Geburtstag dürfen wir auch die neuen Gemeinderäte, Stadträte und Kreistagsabgeordneten wählen. Was will man mehr. Leider erschließt sich dem flüchtigen Betrachter nicht, warum das politische Personal diesen Anlaß nicht nutzt und uns mit den immer wieder gleichen, verstaubten Parolen belästigt.

Das politische System zeigt beängstigende Auflösungserscheinungen. Zum einen sind die politischen Akteure in die Jahre gekommen. Da wird man ruhiger. Man kennt sich und die Macken der anderen und verläßt sich auf die erprobten Konzepte und Rituale. Phantasie und Kreativität sind nicht gefragt, Neues und junge Leute nicht erwünscht. Nur keine Fehlerdiskussion und keine Experimente. Weiter so bis zur Politikerrente. Diese Leute tun nicht mal so, als ob sie um die Mandate kämpfen würden.

Zum anderen hat sich die staatliche Verwaltung aus der Fläche zurückgezogen. Auf dem flachen Land ist praktisch keine Institution mehr vertreten. Kaum ein Förster oder Polizist, weder die Postbotin oder der Gemeindediener lassen sich blicken. Es fehlen der Pfarrer, der Bürgermeister und die Landärztin. Die sind alle in der Stadt oder im Internet. Die Verbliebenen verstecken sich weit weg hinter dem Paraphensdchungle in ihren Ratloshäusern und warten auch auf die Rente. Die staatlichen Betriebe sind verschwunden, die Stadtwerke verkauft, die Post privatisiert, die Volksbank fusioniert und die Schulen privatisiert. Selbst über unseren Müll streiten sich die Konzerne.

Statt dessen wird fast jedes Problemchen zentral und nach kryptischen Regeln entschieden. An allen Ecken und Enden ziehen uns geheimnisvolle Institutionen und Organisationen aus vorgeschobenen Gründen des Gemeinwohls und der Sicherheit das Geld aus den Taschen. Worüber soll die Kommunalpolitik noch entscheiden? Was bleibt sind ein paar Brosamen für die Kultur und aller paar Jahre eine Skandal. Und uns bleibt die Wahl zwischen Hinz und Kunz oder Kikow und Mai.

Also Leute, wo bleibt der freie Wille. Was wollt ihr wirklich. Denkt nach und strengt Euch an, es ist unser Land und unser Leben. So kann das jedenfalls nicht weitergehen. Irgendwann sind alle weg und Erich kommt wieder, um das Licht auszumachen.

Dr. MANFRED PFAFF

BI »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durch das Reservat«

Erdverkabelung ist möglich

Der Elektrogigant Vattenfall plant eine 380 kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen. Na schön, mag mancher gedacht haben, der nicht nachgedacht hatte. Eine neue Leitung kann so verkehrt nicht sein. Wer hat denn noch Vertrauen in die während der DDR-sozialistischen Periode erstellten Freileitungen? Vielleicht hatten da ja manche Baumaterialien »ihren sozialistischen Gang« genommen und dann dazu gedient, die Hundezwinger mancher Jagdgenossen in der Schorfheide zu armieren und nicht die Fundamente der 30 m hohen Masten? Wer weiß?

»Aber alles war auch nicht falsch«, erkannten die Planer des schwedischen Staatskonzerns. Nach bundesdeutschem Recht gilt das Prinzip der Trassenbündelung – wo schon eine Trasse verläuft, da kann man locker noch eine draufsatteln. In den Hochglanzfotobänden über faszinierende Techniklandschaften des Ruhrgebiets ist das ein ästhetischer Genuß. In der Realität weniger, wie sich in Eberswalde an den Stromtrassen zwischen Brandenburgischem Viertel und Finow gut beobachten läßt. Da kommt noch eine 380 kV-Freileitung hinzu. Trassenbündelung – oder die »Kunst zu erben« könnte man es auch nennen. Dito in Senftenhütte, einem idyllischen Ort im verschlafenen Amt Britz-Chorin.

Eberswalde ist nicht der einzige Ort, wo die Unzumutbarkeit der Trassenplanung offenkundig ist, aber was offenkundig ist, wird oft nicht gesehen. Schon der alte Brecht sagte, »ein Verbrechen muß nur groß genug sein, damit man es als solches nicht erkennt.« Zum Glück waren die klarsichtigen Stadtverordneten von Angermünde, einem anderen Knotenpunkt der Trassenbündelung, nicht bereit, zu der fragwürdi-

gen Trassierung zu schweigen. In einem offenen Brief an Platzeck und den Landtagspräsidenten plädierten sie für eine Variante, die die Bürgerinitiative Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat schon seit Wochen propagierte: Erdverkabelung!

Der Grandseigneur der brandenburgischen SPD Birthler signalisierte bei einer öffentlichen Podiumsdiskussion in Angermünde, die von der BI organisiert worden war, Diskussionsbereitschaft, und bald hörte man, daß im Umweltministerium an einer Kabinettsvorlage gearbeitet wird, mit dem Ziel die Uckermarkleitung in die Bundesratsinitiative der Pilotprojekte zur Erdverkabelung aufzunehmen.

Und am 26.8. 2008 wurde ein entsprechender Kabinettsbeschluß gefaßt. Jetzt ist der Bundesrat am Zug. Hoffentlich klappt's.

Wenn nicht? Dann wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als im Zuge des Planfeststellungsverfahrens die Basis zu mobilisieren und deshalb auch so manchen Volksvertreter und die von ihnen nicht kontrollierten Verwaltungen aus ihrem Schlaf zu wecken, um die Interessen der Bürger zu wahren, die, das muß vielleicht auch mal deutlich gesagt werden, nicht mit denen des schwedischen Staatskonzerns identisch sind. Das hat der Kapitalismus nun mal so an sich, daß die Interessen der Bürger nicht mit denen der Konzerne zusammengehen, selbst wenn uns das die Hochglanzbrochüren aus deren Werbeabteilungen verkleckern wollen.

Bei den Kommunalwahlen Ende September sollte die Haltung der Kandidaten zur 380 kV-Trasse deutlich berücksichtigt werden. Als erster Weckruf sozusagen.

HARTMUT LINDNER

Hoffest in Hobrechtsfelde

Die Agrar GmbH in Hobrechtsfelde (Panketal) veranstaltet am 13. September ihr erstes Hoffest auf dem Speichergelände des ehemaligen Rieselgutes. Erstmals können Besucher den Speicher besichtigen, die Rieselfelder von oben betrachten und dabei Interessantes über deren Geschichte in Erfahrung bringen. Kutschfahrten über die Rieselfelder ergänzen das Angebot. Kleinere Gäste dürfen sich über Eselreiten und einen Streichelzoo mit Schafen freuen. Für das leibliche Wohl wird genauso gesorgt wie für die musikalische Begleitung. Am Abend gegen 20 Uhr gibt es eine Fledermauswanderung. Am 14. September lädt die Agrar GmbH zum Frühschoppen mit Musik ein.

Seit über zehn Jahren ist der Speicher, das Wahrzeichen von Hobrechtsfelde, ungenutzt. Das soll nun anders werden. Seit diesem Sommer hat die Agrar GmbH den Speicher und umliegende Flächen für die nächsten zehn Jahre gepachtet. Dem Geschäftsführer Heinz Bley

ist es besonders wichtig diese Flächen im Einklang mit der Natur zu bewirtschaften. Sein Motto lautet: »Mit der Natur wirtschaften – ländliche Räume entwickeln«. Rinder, Pferde und auch Wasserbüffel werden in den Rieselfeldern, den Schönerlinder Teichen und weiteren Flächen weiden. Dabei setzt der Betrieb auf die ganzjährige Freilandhaltung auf großen Standweiden. Die Art der Beweidung ermöglicht bei geringer Besatzdichte von einem Weidetier auf zwei Hektar eine boden- und gewässerschonende Grünlandnutzung bei gleichzeitig artgerechter, gesundheitsfördernder Tierhaltung.

Für die Umsetzung der naturverträglichen Nutzung arbeitet die Agrar GmbH mit regionalen Partnern, wie den Berliner Forsten, der Fachhochschule Eberswalde, dem NABU Berlin, dem Naturpark Barnim und weiteren zusammen. Für die Umsetzung der Idee werden weitere Partner in der Region gesucht.

THOMAS GUNDLACH

Brandanschlag in Biesenthal

NPD-Demo mit Hetze gegen den »kommunistischen Bürgermeister«

Biesenthal (bbp). In der Nacht zum 26. August ging in Biesenthal ein Carport in Flammen auf. Dabei wurden zwei PKW schwer beschädigt. Die Polizei geht von einem Brandanschlag aus. Carport und Autos gehören dem Handwerksmeister Mike Sandow, der als Hausmeister bei dem Bernauer Zahnarzt Dr. Dirk Weßlau beschäftigt ist. Sandow war bis vor kurzem Vorsitzender der NPD Barnim/Uckermark und kandidiert für seine Partei am 28. September zur Wahl der Biesenthaler Stadtverordnetenversammlung.

»Mit diesem widerlichen Mordversuch an einer deutschen Familie«, heißt es auf der Internetseite der NPD Barnim/Uckermark, »hat die kommunistische Fratze wiederum ihr wahres Gesicht gezeigt«. Inzwischen gibt es ein Bekenner schreiben »autonomer Gruppen«, die sich auch zu zeitgleich erfolgten Farbflaschenwürfen auf von Nazis als Treffpunkte genutzte Gaststätten in Schönow und Waltersdorf bekannten.

Bereits am Abend des 26. August veranstaltete die NPD eine Demo in Biesenthal, an der auch die Bundes- und Landesvorsitzenden der NPD Udo Voigt und Klaus Beier teilnahmen. Die Polemik richtet sich inzwischen vor allem gegen den Biesenthaler Bürgermeister André Stahl und die in Biesenthal wohnende Landtagsabgeordnete Margitta Mächtigt (beide DIE LINKE) und den örtlichen Pfarrer Christoph Brust, die maßgeblich an der Organisation der Proteste gegen das geplante NPD-Schulungszentrum in Biesenthal beteiligt waren (vgl. BBP 6/2008).

Auf einigen Antifa-Internetseiten wird indes die Möglichkeit diskutiert, daß die Nazis nach dem Vorbild des Reichstagsbrandes von 1933 den Brand selber gelegt haben könnten. Bei einem ähnlichen Fall in Hamburg wurde jetzt einem bekannten Neonazi nachgewiesen, daß er sein Auto selbst in Brand gesteckt hatte (Hamburger Morgenpost, 27.8.2008).

Ardelt-Opfer besuchen Eberswalde

Eberswalde (bbp). Vom 15. bis 20. September besuchen ehemalige Zwangsarbeiterinnen des KZ-Außenlagers Eisenspalterei die Stadt Eberswalde. Unter ihnen Janina Wyrzyhowska und Mariana Bogusz, die seit ihrem ersten Besuch im Jahr 1999, damals vom Barnimer Bürgerpost e.V. eingeladen, schon mehrfach in Eberswalde weilten. Organisiert wird der von der Stiftung »Erinnerungen, Verantwortung und Zukunft« geförderte Aufenthalt durch das Geschichtswissenschaftliche Institut (GWI) Eberswalde. Wie GWI-Direktor Holger Kliche mitteilte, steht am Dienstag, den 16. September, um 10 Uhr ein Empfang im Eberswalder Rathaus auf dem Programm. Da neben dem Bürgermeister auch sein Stellvertreter an diesem Tag verhindert sind, übernimmt die Beauftragte für soziale Angelegenheiten Barbara Ebert die Aufgabe, mit den ehemaligen KZ-

Häftlingen zu reden. Am nächsten Tag werden die Frauen um 14 Uhr von Heinz Lindecke, dem Geschäftsführer des kürzlich in »Ardelt« umbenannten Kranbau Eberswalde, empfangen. Neben einem Gespräch ist eine Führung durch den Betrieb geplant. Am 18. September erhalten die Frauen in den Räumen des GWI in der Havellandstraße (ehem. Kita »Spatzen-nest«) Besuch von Hobbyschriftstellern und -malern aus Schwedt und Eberswalde.

Weitere Gespräche und Treffen, vor allem mit Schülerinnen und Schülern sind geplant, darunter auch ein Besuch in den ehemaligen KZ-Baracken neben dem Kranbaugelände, in denen die Vereine EXIL und Eberswalder Zentrum für demokratische Kultur Jugendarbeit und Schule neben der Jugendarbeit ähnlich wie das GWI die Geschichte der Zwangsarbeit während des Faschismus erforschen.

Wirtschaftsinteressen im Osten

Berlin (bbp). Im ersten Halbjahr 2008 stieg der Wert der deutschen Exporte nach Mittel- und Osteuropa um 15,6 Prozent auf nun 84 Milliarden Euro. Dies teilte der Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft im August mit. Der Anstieg der Exporte in diese Länder war damit dreimal so hoch wie der Exportanstieg insgesamt (6,9 %). Auch die Importe nahmen mit einem Plus von 13,9 Prozent deutlich zu. Insgesamt erreichte der Warenumsatz mit 153,8 Milliarden Euro ein neues Rekordniveau und belief sich damit auf das Zweieinhalbfache des deutsch-US-amerikanischen Handels (59,4 Mrd Euro). Allein der Warenaustausch zwischen Deutschland und Rußland erreichte mit

32,5 Milliarden Euro erstmals mehr als die Hälfte des transatlantischen Vergleichswertes, bei Steigerungsraten von 23 Prozent. Dabei wird der hohe Anteil der Investitionsgüter an den deutschen Ausfuhren als ein deutliches Zeichen gewertet, daß die Modernisierung der russischen Wirtschaft an Fahrt gewinnt.

Der Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft mit Sitz in Berlin versteht sich als »Kompetenzcenter der deutschen Wirtschaft für die osteuropäischen und zentralasiatischen Zukunftsmärkte«. Aktuell gehören dem Ost-Ausschuß über 100 fördernde Mitgliedsunternehmen und Verbände an. Mehrheitlich handele es sich dabei um mittelständische Betriebe.

Deutsche Post als Kriegspost

Wie das Bundesministerium für Verteidigung auf seiner Internetseite (www.bmvg.de) mitteilt, wird die Deutsche Post im September eine großangelegte Werbeaktion zur Unterstützung der Bundeswehr durchführen. Mit 8.000 bundesweit geklebten Plakate will die Deutsche Post »den Soldatenberuf in der Gesellschaft präsent machen«, sagte der »Konzernrepräsentant Military Affairs Bundeswehr/NATO« der Deutschen Post Udo Eschenbach am 25. August in Berlin dem Generalinspekteur der Bundeswehr General Wolfgang Schneiderhan.

Laut German Foreign Policy (www.german-foreign-policy.de) profitiert die Deutsche Post in zunehmendem Maße von den Kriegseinsätzen der Bundeswehr im Ausland. Allein der Umfang der Feldpost nähert sich dem Postaufkommen einer Großstadt. Hinzu kommen umfangreiche Aufträge in der Militärlogistik, die der Logistikkonzern akquirieren will.

Zugleich ist die neue PR-Kampagne der Post ein Beispiel für die militärische Durchdringung bisher ziviler Gesellschaftsbereiche. Oberst der Reserve Eschenbach z.B. ist seit 1981 bei der Bundespost und blieb der Truppe über 30 Jahre lang in Wehrübungen verbunden. Als Präsidiumsmitglied für den »Bereich Wirtschaft« wirkt er für die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V., eine Bundeswehr-Kontaktstelle zur Industrie. Seine Karriere ähnelt der anderer Reserveoffiziere. Dabei geht es auch um unmittelbare Gewinne für zivile »Dienstleistungsunternehmen« durch eine zunehmende Privatisierung bedeutender Teile des Bundeswehrbetriebs (vgl. Hartmut Lindner: »Schweyk in schwärzeren Gewässern«, BBP 5 und 6/2008).

Die Deutsche Post, informiert German Foreign Policy weiter, hat schon 2002 einen Rahmenvertrag mit der Truppe geschlossen, demzufolge sie national und international den Versand von eiligen Dokumenten und leichtem Material übernimmt. Dies betrifft militärische Ausrüstungsgegenstände, Sanitätsmaterial und Verbrauchsgüter, bis zu einem Gewicht von 50 Kilogramm. Anfang September endet auch die Bewerbungsfrist für den mit Abstand größten Logistikauftrag der Bundeswehr – für »Lagerung und Bewirtschaftung von Material der Bundeswehr (ohne Sanitätsmaterial, ohne Munition und ohne Betriebsstoffe)« und für »Transportleistungen für Material, Sanitätsmaterial, Munition, Betriebsstoffe und begleitendes Personal«. Dabei geht es insbesondere auch um Munitionstransport sowohl innerhalb Deutschlands als auch in die Manöver- und Kriegsgebiete in aller Welt. Experten rechnen mit einem Milliardenvolumen und schreiben der Deutschen Post gute Chancen bei der Akquise zu.

Die PR-Kampagne der Deutschen Post startet im übrigen zu einem Zeitpunkt, da die Bundeswehr über Nachwuchsmangel klagt und zugleich die Tötung afghanischer Zivilisten durch deutsche Soldaten die Barbarisierung des Afghanistan-Einsatzes verdeutlicht.

Albert-Einstein-Baum

Eberswalde (bbp). Das Gebäude der Albert-Einstein-Schule wird derzeit abgerissen. Auf der frei werdenden Fläche soll ein Sport- und Freizeitbereich für die benachbarte Grundschule »Zum Schwärzensee« entstehen. Die Konzeption ist laut Informationen der lokalen Tageszeitung noch in Arbeit. Den Platz sollen die Kinder auch nach dem Unterricht nutzen können, heißt es.

Hartwin Schulz, Gerd Markmann sowie René Gloede wollen sich an der Gestaltung des Platzes beteiligen und zur Erinnerung an die Schule und den Kampf um ihren Erhalt einen Baum auf dem Gelände pflanzen. Sie rufen ihre Mitsstreiter, mit denen sie gemeinsam für den Erhalt der Albert-Einstein-Schule gekämpft haben, und weitere Interessenten auf, die Aktion mit ihrem Engagement und, wenn möglich, finanziell zu unterstützen.



Das Wahrzeichen der »Albert-Einstein-Schule«, das einst vor dem Eingang stehende große »E«, ist durch Mitglieder des Vereins »Freie Oberschule Finow« vor der Zerstörung gerettet worden. Daß »E« wurde vor Beginn der Abrißarbeiten auf das Gelände der Freien Schule in der Biesenthaler Straße gebracht. Über den endgültigen Verbleib ist noch nicht entschieden worden.

Brandenburgisches Viertel nach der Oberschulschließung:

»Schulschwänzer« werden nicht gezählt

Eberswalde (bbp). Das Brandenburgische Viertel gehört aufgrund spezifischer Wohnstrukturen zu den sozialen Brennpunkten in der Stadt Eberswalde. Eines der Probleme ist eine offenbar steigende Zahl von Schulverweigerern. Auf eine entsprechende Anfrage des Stadtverordneten Gerd Markmann (DIE LINKE) zur StVv im Juni gab es seitens des Beigeordneten Lutz Landmann und der zuständigen Amtsleiterin Kerstin Ladewig eine ausführliche Antwort.

Das »Schulschwänzer«-Projekt des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) in der Schönholzer Straße in Finow betreut derzeit 15 Jugendliche, davon allein 8 aus dem Brandenburgischen Viertel sowie 2 aus Finow, 1 aus Mitte sowie 4 Nicht-Eberswalder. Das Projekt ist bis 2013 durch Fördermittel des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport gesichert. Derzeit prüft der ASB, ob er eine weitere Förderung gemäß der Richtlinie Kinder- und Jugendarbeit bei der Stadt beantragt. Zudem will der ASB Sportstätten der Stadt nutzen.

Zur Frage, wie sich die Zahl der Schulverweigerer im Brandenburgischen Viertel in den letzten zehn Jahren entwickelt hat und wie hoch deren Anteil an den Schulverweigerern der gesamten Stadt ist, konnte seitens der Stadtverwaltung keine Auskunft gegeben werden. Eine Nachfrage der Stadtverwaltung vom 12. Juni beim Staatlichen Schulamt wurde von diesem am 23. Juni per eMail wie folgt beantwortet: »... durch das Staatliche Schulamt Eberswalde gibt es keine Erhebungen zur Schulverweigerung im Brandenburgischen Viertel. Deshalb können die Fragen durch das Schulamt nicht beantwortet werden.«

Zur Frage nach den Ursachen der Schulverweigerung meint die Stadtverwaltung, daß diese differenziert zu betrachten seien.

»Beispiele für Ursachen können wie folgt benannt werden – es handelt sich aber hier um keine abschließende Betrachtung: die Entwicklung und 'Schulkarriere' der Schülerinnen und Schüler ist oftmals gekennzeichnet von Mißerfolg und geringem Selbstwertgefühl, fehlender Unterstützungskompetenz und Bereitschaft aus dem familiären Hintergrund, einer relativen Bildungsferne der Fa-

milien, der Eltern, geringe Lernmotivation, hohes Konflikt-/Gewaltpotential, Schulmüdigkeit, Schuldistanz und zu gering ausgeprägte soziale Schlüsselkompetenzen.

Im Abschlußbericht zur Evaluation ausgewählter Schulverweigerungsprojekte des Landes Brandenburg (April 2006, Seiten 122/123) schätzten Jugendliche selbst nachfolgend genannte Gründe und Anlässe für eine Schulverweigerung ein. Diese können fünf Kategorien zugeordnet werden: Belastete Beziehungen zwischen SchülerIn und LehrerIn, Mangelnde Lust und Motivation, Beeinflussung durch Freunde und Gleichaltrige, Kognitive Überforderung im Unterricht, sonstige Gründe.

Fazit des Berichtes: Aus den Darstellungen der Jugendlichen ergibt sich in der Regel keine direkte Monokausalität zwischen einer bestimmten Ursache und der Schulverweigerung. Vielmehr handele es sich um multikausale, sich gegenseitig bedingende und potenzierende Faktoren, die im Laufe der Zeit zu einer Eskalation des Sachverhalts und somit zu einer teilweisen Zunahme der Verweigerungshaltung der Jugendlichen führe.«

Auch zur Frage nach den Möglichkeiten, welche die Stadtverwaltung nutzt, um den Schulverweigerern zu helfen, gab es eine umfassende Antwort:

»Eine Unterstützung durch institutionelle Förderung beim Aufbau eines integrierten Projektes von Jugendhilfe und Schule zur Vermeidung von Schulabbrüchen bei schulverweigernden Jugendlichen ist im Jahr 2006 erfolgt. Träger dieses Projektes war und ist der Arbeiter-Samariter-Bund, RV Barnim e.V. Dieses Projekt für schulverweigernde Jugendliche in der Stadt Eberswalde existiert seit 2006 und besteht noch fort bis 2013. Durch das Amt für Bildung, Jugend und Sport erfolgte für den ASB eine Beratung zu Fördermöglichkeiten sowie zur Nutzung von Sportstätten. Desweiteren sind noch weitere Projekte mit schulverweigernden Jugendlichen im INSEK (Integriertes Stadtentwicklungskonzept) bis 2013 vorgesehen. Wie erfolgreich die Unterstützung ist, kann durch die Stadt nicht eingeschätzt werden, da wir kein Projektverantwortlicher sind. Es ist aber festzustellen, daß generell Beratungs- und Hilfsangebote der Stadt gern in Anspruch genommen werden.«

»Ein Sommernachtstraum« in Leuenberg

Auch in diesem Sommer präsentierte die Theatergruppe »Textnot« ihr Können in einem Theaterwochenende in der Scheune auf dem Ferienhof der Familie Behring »Am Gamensee« in Leuenberg (www.ferienhof-am-gamengrund.de). Die Gruppe »textnot«, bestehend aus 25 Personen aus Eberswalde und Berlin, existiert seit sieben Jahren und ist in der Region um Eberswalde u.a. durch die Aufführungen »Ein Sommersnachtsraum«, »Viel Lärm um nichts« (Shakespeare) und »Der Kirschgarten« (Tschechow) bekannt geworden.

In diesem Jahr kam vom 15. bis 17. August Shakespeares »Ein Sommernachtsraum« zur Aufführung. Diese Produktion unterschied sich allerdings deutlich von dem ersten »textnot«-Projekt des Jahres 2001.

Die Firma feiert die Übernahme eines wichtigen Konkurrenten, es wird viel getrunken. Man kennt sich, Außenstehende bleiben draußen. Alle genießen einen lockeren Abend – der irgendwann kippt.

Da verschaffen sich Outlaws, schräge Figuren Zutritt und spielen mit vergessenen Träu-

men verrückt. Das Ende der Geschichte markiert ihren Anfang.

Wie die vorangegangenen Sommerinszenierungen der Gruppe »textnot« entstand der diesjährige »Sommernachtstraum« während eines einwöchigen Projekts. Nach Stücken von Jürgen Groß, Anton Tschechow, Woody Allen und anderen ist es das dritte Mal, daß ein Stück von William Shakespeare von der Gruppe »textnot« auf die Bühne in der Scheune in Leuenberg gebracht wurde.

ELLEN BEHRING

Albert-Einstein-Oberschule:

Widerstand sogar noch als Ruine

Abriß stört Schulbetrieb der benachbarten »Schwärzese«-Grundschule

Unmittelbar nach Schuljahresende wurde das Gebäude der Albert-Einstein-Schule vom Schulträger Landkreis Barnim »besenrein« an die Eigentümerin Stadt Eberswalde übergeben. Zuvor waren die verbliebenen Schülerinnen und Schüler fürs Möblieräumen mißbraucht worden. Mit Billigung durch das Staatliche Schulamt. Die Schulabschiedsfeier am 16. Juli, dem letzten Schultag, machte deutlich, daß der Widerstand gegen die Schulschließung, der seinen Höhepunkt in dem 11tägigen Schülerstreik im Mai 2006 hatte, nicht vergessen war.

Dieser Widerstand blieb den regionalen Machthabern ein Dorn im Auge, wie die Ereignisse im Vorfeld der Abschiedsfeier deutlich zeigten (BBP 7/2008). Befürchtungen, es sei eine »Anti-Stadtpolitik-Veranstaltung« geplant, wurden geäußert. Wobei unter »Anti-Stadtpolitik« offenbar sowas ähnliches wie »Majoritätsbeleidigung« zu verstehen ist.

Um die Erinnerungen an das Aufbegehren der Einsteinschülerinnen und -schüler auszulöschen, war man auch ungewöhnlich flink, durch den Gebäudeabriß endgültig vollendete Tatsachen zu schaffen. Die Stadtverordneten mußten noch im Juni extra über eine Haushaltsänderung entscheiden, um aus dem städtischen Etat die für den Abriß benötigten Mittel in Höhe von 75.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Innerhalb der Sommerferien sollte der Abriß des Gebäudes der Albert-Einstein-Schule realisiert werden, sagte Baudezernent Dr. Gunther Prüger auf Nachfrage. Die örtliche Tageszeitung verkündete noch am vorletzten August-Wochenende unter der Überschrift »Einstein-Oberschule bald Geschichte«, daß



»Ende nächster Woche ... von der Einstein-Oberschule im Brandenburgischen Viertel nichts mehr zu sehen sein« soll.

Doch selbst das Gebäude – mittlerweile nur noch eine Ruine – scheint den widerständigen Geist seiner ehemaligen Nutzer aufgenommen zu haben. Jedenfalls hat der Abrißbagger mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Immer wieder gab es Pausen. Obwohl die Abrißarbeiten täglich bis in die Nachtstunden und zum Teil auch am Wochenende andauerten, hielt bis zum Schulanfang am 1. September ein beträchtlicher Teil des Gebäudes dem Abrißbagger stand.

Die lärm- und staubintensiven Arbeiten werden nun auch während der Schulzeit fortgesetzt. Der Unterricht für die Schülerinnen und Schüler der benachbarten »Schwärzese«-Grundschule wird dadurch stark beeinträchtigt. So bekommen schon unsere Jüngsten einen Eindruck von der praktizierten Barbarei von Schulschließungen und Schulabriß.

GERD MARKMANN

Was Bürger bewirken können

Wenn die Verwaltung versagt, die Politik nicht oder zu spät reagiert – können Bürgerin und Bürger dennoch ihre berechtigten Interessen durchsetzen? Die Antwort lautet: Ja!

Natürlich wäre es unnötig eine Bürgerinitiative zu gründen, wenn die Verwaltung vernünftige Arbeit leistet, mehr als ein offenes Ohr für die Sorgen und Anregungen der Bewohner hat und sachlich überzeugend auftritt. In Eberswalde ist das seit geraumer Zeit nicht mehr so. Initiativen für einen angepaßten bzw. gegen einen überzogenen Straßenausbau, gegen eine Müllverbrennungsanlage, für eine lebenswerte Eisenbahnstraße, für eine Lösung der Parkplatznot. Allen voran agiert der Baudezernent mehr als unglücklich. Wenig Interesse an der frühzeitigen Einbeziehung Betroffener, ein »Auf-Stur-Schalten« bei Gegenargumenten,

Nichteinhalten von Zusagen und Verabredungen und ein patziges (bockiges) Auftreten in der Öffentlichkeit – das sind unübersehbare Anzeichen dafür. Das kann nicht gut gehen. Und wo bleibt in all diesen Fällen der Bürgermeister? Gerade von einem langjährigen Schulleitersollte man erwarten dürfen zwischenmenschliche Probleme leitender Angestellter frühzeitig zu erkennen. Und auch wenn der Vergleich Lehrer (Dr. Prüger) und Schüler (betroffene Bürger) mehr als hinkt. Wenn sich so viele »Schüler« in angemessener Form vor dem »Schulleiter« über einen »Lehrer« beschweren, müssen erkennbare Maßnahmen folgen. Herr Boginski ist in der Pflicht – zu viel Toleranz gegenüber seinem Personal kann auch nicht das richtige Maß eines Liberalen sein.

ANDREAS FENNERT

Brandenburgisches Viertel:

Engagierte Bürger gesucht

Der Sprecherrat »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel tagte am 11. August 2008. Auf der Tagesordnung standen verschiedene Themen und zwei Anträge über welche die ehrenamtlichen Mitglieder des Gremiums zu beraten und entscheiden hatten. Der erste Antrag kam vom Modellsportverein Eberswalde e.V. Der Verein ist neu ins Brandenburgische Viertel, genauer ins WBG-Freizeitschiff in der Prignitzer Straße gezogen und möchte eine Werkstatt einrichten. In dieser Werkstatt soll dann die neu zu schaffende Arbeitsgemeinschaft Schiffsmodellbau arbeiten können. Dafür wurden 7.500 Euro bewilligt. Die Kosten werden aber voraussichtlich niedriger sein. Der zweite Antrag belief sich über 2.000 Euro zur Durchführung des zweiten Bürgerballs. Dieser wird am Samstag, 6. September 2008 um 20 Uhr in der Sporthalle des SV Medizin in der Schorfheidestraße 30 stattfinden.

Auf der Tagesordnung stand noch die neu errichtete Skateranlage am Club am Wald. Es gab inzwischen schon zwei Anwohnerversammlungen, um über entstandene Probleme zu sprechen. Künftig werden zwei MAE-Kräfte täglich die Anlage beaufsichtigen. Weiterhin wird geprüft, ob die Möglichkeit besteht, eine Schallschutzwand aufzustellen. Und Skater dürfen aufgrund ihrer Lautstärke die Anlage nicht mehr sonntags nutzen.

Dann wurde noch die Neuwahl des Sprecherrates besprochen. Die Wahl erfolgt auf einem Bürgerforum am 27. Oktober 2008 um 18.30 Uhr im Bürgerzentrum in der Schorfheidestraße 13. Alle Bürger sind aufgerufen, sich als Kandidaten zu melden oder an der Wahl teilzunehmen. Interessierte melden sich bitte bis zum 20. Oktober 2008 bei der Quartiersmanagerin, Cornelia Sprengel im Bürgerzentrum oder beim Vorsitzenden des Sprecherrates, Martin Hoeck.

Die nächste Sprecherratssitzung findet am 8. September um 17.30 Uhr in der Kleiderkammer in der ehemaligen Kita »Spatzennest« in der Havellandstraße statt.

MARTIN HOECK, Sprecherratsvorsitzender

Noch nicht bezahlt

Eberswalde (bbp). Mit knapper Mehrheit hatte der Sprecherrat im Brandenburgischen Viertel im Juni einen Finanzausschuß in Höhe von 255 Euro für die Schulabschiedsfeier der Einstein-schule beschlossen (BBP 7/2008). Trotz geänderter Maßnahmebeschreibung wurde am 25.8. seitens der Verwaltung dem Antragsteller mitgeteilt, daß der Betrag wegen Nichterfüllung einer Auflage nicht ausgezahlt werde. Der Antragsteller indes weiß bis heute nicht, um was für eine Auflage es sich dabei handelt. Daher bat er den Sprecherrat, diese Frage auf dessen Sitzung am 8. September das offensichtliche Mißverständnis aufzuklären.

Schwimmbad für Bernau

Die Fraktion DIE LINKE der Stadtverordnetenversammlung Bernau hat sich auf ihrer jüngsten Sitzung ausführlich mit dem Vorhaben Schwimmbad befaßt. Investor Wulfhardt Putbrense informierte, daß der Kaufvertragsentwurf für das Grundstück in der Weißenseer Straße vorliege, die Entscheidung über die Größe allerdings davon abhängt, was die Stadt will. Bislang wäre noch nicht eindeutig das Interesse bekundet worden, nicht nur eine Einrichtung für Wellness und Reha-Maßnahmen zu wollen, sondern so zu bauen, daß Schulschwimmen möglich sei.

Dezernent Eckhard Ilge von der Stadtverwaltung gab zu, daß der aktuelle Stand »nicht befriedigend« sei. Dr. Ruth Sommerfeld (DIE LINKE) und Frank Goral (CDU) forderten die Verwaltung auf, konkrete Zahlen über den Bedarf für das Schulschwimmen auf den Tisch zu legen. Der Investor brauche verlässliche Rahmendaten. Fraktionsvorsitzende Dr. Dagmar Enkelmann schlug eine fraktionsübergreifende Initiative vor, mit der ein klares Bekenntnis zum Vorhaben durch die Stadtverordneten abgegeben werden könnte verbunden mit der Bereitschaft, einen finanziellen Beitrag zur Absicherung des Schul- und Kita-Schwimmens sowie der Zuschüsse für Sozialpaß-Inhaber zu leisten.

Nach Ansicht der Fraktion dürfe aber das Freibad Waldfrieden nicht zur Disposition gestellt werden. Die Stadtverwaltung müsse endlich das Land auffordern, seiner Verpflichtung aus dem Erbbaupachtvertrag gerecht zu werden. Die dort vereinbarte Sicherung der öffentlichen Nutzung schließe, so Enkelmann, auch die Bereitstellung ordnungsgemäßer Sanitäranlagen ein.

BÄRBEL MIERAU

Chorinfest

Das Evangelische Chorinfest ist in diesem Jahr unser Kreiskirchentag im Kirchenkreis Barnim und auch Kreisdiakonietag. Darüber hinaus ist es auch der Auftakt zur Festwoche zur 750-Jahrfeier der Klostergründung.

Ab 10 Uhr ist Leben im Kloster. Um 11 beginnt der Gottesdienst. Im nachfolgenden Markt gibt es diverse Angebote für Groß und Klein mit vielen Aktionen, Ausstellungen, Büchertisch, Kunsthandwerk, Spielmöglichkeiten, Bühnenprogramm mit Tanzgruppe, Theater, Posaunenchor und Gospelchor. Wer mag, kann auch dem Spiritualitätsbeauftragten unserer Landeskirche Wolfgang Bittner in einer Gesprächsrunde zum Thema »Man kann Gott hören« begegnen.

Das Nachmittagsprogramm »ora et labora« ab 14.30 Uhr widmet sich dann dem Klosterjubiläum. Ein Tagesablauf der Mönche wird zu hören und zu sehen sein. Wolfgang Bittner spricht über die Spiritualität der Mönche. Weitere Informationen unter www.chorinfest.de.

HANNS-PETER GIERING

Flugplatz Finow für 120-Tonner?

»Je kleiner das Geschäft, desto größer die Sprechblasen«

Das Raumordnungsverfahren (85 Tonnen Startmasse, für Linien- und Pauschalflüge) kommt eindeutig zu dem Ergebnis, daß das beantragte Vorhaben mit den Zielen der Länder Berlin und Brandenburg nicht vereinbar ist. Aus sportlicher Sicht gesehen ist die Tower Finow GmbH 33-fach mit Maßgaben angezählt und dann mit ihren Vorstellungen im ROV als nicht genehmigungsfähig komplett untergegangen. Dieses Ergebnis ist insbesondere der Bürgerinitiative »Gegen den Ausbau des Flugplatzes« und den über 1200 Bürgern zu verdanken die couragiert im ROV ihre Interessen vertreten haben. Selbst wenn eine Übereinstimmung des Vorhabens mit den Zielen der Landesplanung erreicht werden könnte, müßten die nicht unerheblichen Maßgaben umgesetzt werden. Im Klartext heißt das, im Land Brandenburg werden keine weiteren Regionalflughäfen gebraucht. Der gerade in der Bauphase befindliche Flughafen BBI wird mit erheblichen Steuermillionen für die Region Berlin-Brandenburg errichtet. Es bedarf deshalb kei-

ner weiteren Konkurrenz im Billigflugsektor in Finow.

Wenn nach dem 3,25-Millionen-Desaster der Stadt Eberswalde mit dem Flughafentwickler Brandstetter jetzt der ehemalige Kranbauer Wolk seine 120-Tonnen-Seifenblasen in den Himmel steigen läßt, gibt es auch dafür keine landesplanerische und erst recht nicht eine stadtplanerische Rechtfertigung für einen Flughafenbau. Da auf dem Verkehrslandeplatz durchschnittlich Flugzeuge mit 2 Tonnen starten drängt sich für die Bürgerinitiative der Schluß auf: »Je kleiner das Geschäft desto größer die Sprechblasen«.

Für die selbstbewußte Bürgerschaft in Finow gilt: Die Gestaltung unseres Lebens- und Wohnumfeldes nehmen wir selbst in die Hand. Dazu brauchen wir keine dubiosen, für einen Flughafenausbau in Finow Händchen hebende Kommunalpolitiker wie die aus den Reihen der Sozis bzw. solche Abgeordnete mit schwarzem und gelbem kommunalpolitischem Anstrich.

THOMAS GILLES

Stadtverwaltung Eberswalde:

Maßnahmen gegen Korruption

Eberswalde (bbp). Nach der Eberswalder »Spendenaffäre«, in deren Zusammenhang der damaligen Bürgermeister Reinhard Schulz von den Bürgerinnen und Bürgern aus seinem Amt abgewählt worden war, beschlossen die Stadtverordneten am 21. September 2006 einen Maßnahmenkatalog gegen Korruption. Dementsprechend wurde eine Antikorruptionsstelle eingerichtet, die am 23.10.2006 ihre Tätigkeit aufnahm. »Vorrangige Aufgabe der Antikorruptionsstelle war zunächst«, heißt es im Tätigkeitsbericht der Stelle für das Jahr 2007, »die umfassende Aufklärung und Information der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung«. Dazu wurde ein Verhaltenskodex gegen Korruption erarbeitet, der im Dezember 2006 allen Beschäftigten der Stadtverwaltung zur Kenntnis gegeben wurde. Im Januar 2007 gab es dann ein Seminar für die Führungskräfte der Stadtverwaltung zum Thema »Mechanismen der Korruptionsprävention«. Dabei wurde ausführlich über den möglichen Mißbrauch amtlicher/öffentlicher Funktionen, strafrechtliche Gesichtspunkte und Indikatoren zum Erkennen von Korruption gesprochen.

Seitens der Bürgerinnen und Bürger gab es während im Berichtsjahr nur wenige Anliegen, die bei der Antikorruptionsstelle vorgebracht wurden. »Konkrete Anhaltspunkte für Korruption ließen sich daraus nicht ableiten.« Zum Jahresende gab es zahlreiche Anfragen von Mitarbeitern bezüglich der Annahme von Geschenken. Über deren Annahme und weitere Verwendung wurde auf der Grundlage der Dienstan-

weisung zur Annahme von Belohnungen und Geschenken entschieden. Anfang November 2007 nahmen die Mitglieder der Antikorruptionsstelle an einem von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten Seminar zum Thema »Rechtsstaat gegen Korruption« teil.

Als einem weiteren Aufgabengebiet widmete sich die Antikorruptionsstelle der Umsetzung des von der StVV beschlossenen Maßnahmenkataloges. Das Rechnungsprüfungsamt hatte schon 2006 eine Schwachstellenanalyse erarbeitet, auf deren Grundlage eine Intensivierung der Innenrevision in den korruptionsanfälligen Bereichen vorgenommen wurde. Für Vergaben nach VOL sind zusätzliche Antikorruptionsklauseln in die Vertragsbedingungen eingearbeitet worden. Die Personalabteilung kontrollierte die bestehenden Genehmigungen für Nebentätigkeiten hinsichtlich Interessenkollisionen mit der dienstlichen Tätigkeit. Dabei ergaben sich keine Beanstandungen. Die Verwaltungsmitarbeiter wurden auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten förmlich verpflichtet. Speziell der Inhalt der Strafvorschriften des StGB zu Vorteilsannahme, Bestechlichkeit usw. wurde bekannt gegeben. Wenn private Unternehmen bei der Ausführung von Aufgaben der öffentlichen Hand mitwirken, werden jetzt auch diese Unternehmen förmlich verpflichtet und damit strafrechtlich Amtsträgern gleichgestellt.

Die im Maßnahmenkatalog geforderte Richtlinie zur Einwerbung und Verwendung von Spenden ist seit Herbst 2006 in Kraft.

Das Wahlergebnis – Ausdruck des kollektiven Willens?

Das Jahr 2008 ist das Jahr der Mathematik. Außerdem finden in Brandenburg Kommunalwahlen statt. Zwei wichtige Ereignisse, die Gemeinsamkeiten haben, deshalb auch zwei Autoren.

Es stellt sich die Frage: Gibt es überhaupt einen eindeutig feststellbaren Wählerwillen als Zusammenfassung von individuellen Wahlmeinungen?

Mit dieser Frage beschäftigten sich im der Vergangenheit sehr viele Wissenschaftler, aber erst dem Ökonomen und Nobelpreisträger KENNETH ARROW gelang ein entscheidender Durchbruch. Wie in der Mathematik üblich, stellte Arrow zunächst vier sinnvolle Forderungen für eine Kollektiventscheidung auf, die hier einmal sehr einfach und verkürzt dargestellt werden.

1. Wenn ein Objekt zur Wahl steht, so hat es mehrere Eigenschaften, die vom Wählenden mit einer gewissen Rangfolge bewertet werden. Jede Rangfolge der Eigenschaften ist zugelassen.

2. Wenn alle Wähler die Eigenschaft x von einem Objekt genauso einschätzen wie die Eigenschaft y, aber ein Wähler bevorzugt x gegenüber y, so entscheidet auch das Kollektiv für x.

Die 3. Forderung muß etwas ausführlicher erörtert werden. Wir stellen uns fünf Wähler A,B,C,D,E vor, die über vier Eigenschaften w,x,y,z abstimmen sollen. In der Tabelle stehen unter jedem Wähler die Eigenschaften mit der Rangfolge, wie jeder Wähler diese für sich bewertet.

A	B	C	D	E
x	x	w	z	y
z	w	y	y	w
w	z	z	w	z
y	y	x	x	x

Wenn abgestimmt wird, so stimmen A und B für x, C für w, D für z und E für y. Somit ist die Eigenschaft x gewählt, weil sie die meisten Stimmen erhielt (2). Werden nun die Eigenschaften w und z zurückgezogen, so ergibt sich die folgende Tabelle:

A	B	C	D	E
x	x	y	y	y
y	y	x	x	x

Damit erhält y die meisten Stimmen und wird gewählt! Das bedeutet, die Bewertung der Eigenschaften w und z hat die Wahl entschieden. Die 3. Forderung von Arrows besagt, daß solche Eigenschaften wie w und z, die keine Aussicht haben kollektiv gewählt zu werden, die Wahl nicht beeinflussen sollen.

4. Es ist unzulässig, daß ein Wähler allein mit seiner Rangfolge der Eigenschaften die Wahl bestimmt (keine Diktatur).

Arrows hat nun im Jahre 1951, als die BRD und das Grundgesetz schon existierten, nachgewiesen, daß es unmöglich ist, alle 4 Forderungen zu erfüllen. Folglich kann ein Wahlergebnis nicht Ausdruck eines kollektiven Willens sein.

Trotz dieser eigentlich verheerenden Erkenntnis, ist es für eine demokratische Gesellschaft notwendig, Wählerentscheidungen zu treffen. Dabei sind nun aber vielfältige Manipulationsmöglichkeiten gegeben.

Man muß im Wahlrecht Kompromisse eingehen. Das Wahlrecht der BRD ist eine Mischung aus Mehrheitswahlrecht und Verhältniswahlrecht. Man versucht also den Unmög-

lichkeitssatz von Arrows zu umgehen. Dabei handelt man sich aber ein sogenanntes negatives Stimmgewicht bei Wahlen ein, d.h. es passiert, daß ein Zugewinn von Wählerstimmen für eine Partei einen Verlust an Parlamentssitzen nach sich zieht und ein Parlamentsitz erobert werden kann, obwohl für diese Partei weniger Stimmen abgegeben werden. Diese Fälle sind bei Wahlen in der BRD vorgekommen, und sie widersprechen dem Anspruch, daß sich Wählerstimmen nicht explizit gegen den Wählerwillen auswirken dürfen. Das ist mit dem Grundsatz der Gleichheit und Unmittelbarkeit der Wahl nicht zu vereinbaren. Deshalb urteilte das Bundesverfassungsgericht am 3. Juli 2008, daß die Bundestagswahl 2005 verfassungswidrig war und beauftragte den Gesetzgeber, bis 2011 eine Neuregelung zu finden.

In der DDR erfolgte die Wahl nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren. Wahlsysteme waren nicht Gegenstand mathematischer Forschung, das Thema war an der Akademie für Staat und Recht in Potsdam-Babelsberg angesiedelt. In der BRD erfolgen die Forschungen zu diesem Thema an der Universität Dortmund.

Dr. ULRICH POFAHL und MARTIN HOECK

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum

»Wege zur Gewaltfreiheit«,

16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Vor 80 Jahren aufgeschrieben:

Bankrott einer Schule

Hätten die Bolschewiki nie etwas anderes getan, als die Diktatur des Proletariats ausgeübt, so wären sie nie so weit heruntergekommen, als sie jetzt sind. Sie taten etwas anderes. Sie übten nicht die Diktatur des Proletariats gegen eine feindliche Klasse aus, sondern begannen, das Proletariat: erst zu »führen«, dann zu lenken, dann zurechtzuschieben, dann zu schulmeistern, dann zu exerzieren, dann zu kommandieren, dann zu bütteln, dann zu quälen und dann zu terrorisieren im Namen der »Diktatur«. In dieser völlig verkehrten und verfehlten Theorie von der »Rolle der Partei«, von der Allmacht eines Zentralkomitees in der Partei, von der Gottähnlichkeit von ein paar Bonzen: In ihr liegt der Anfang und das Ende von dem beschlossenen, was jetzt in Rußland vor sich geht. Nicht der Sozialismus und nicht das Proletariat haben in Rußland bankrott gemacht: Bankrott hat in Rußland eine Schule gemacht.

Das Proletariat ist ein großer und starker Körper, gewaltiger in seinen Kräften als eine andere Klasse. Das, was der starke Körper braucht, um zu herrschen, den WILLEN zur Macht, den kann ihm keiner geben, muß er selbst sich schaffen aus einem tausendfältigen Spiel von tausend Zellen und Zellenen, von denen jedes sein eigenes Leben hat. Das ist der Sinn der DEMOKRATIE innerhalb der Arbeiterklasse und innerhalb der Partei, so diesen Willen zu bilden.

Die Bolschewiki haben geglaubt, mit der Weisheit und Allmacht eines »Zentralkomitees« den geraden Weg in den Himmel zu gehen, und haben nicht im Himmel, sondern in der sibirischen Tundra geendigt. Dorthin haben sie in Wirklichkeit nicht drei Dutzend »Oppositionelle«, sondern ihre eigene Parteigeschichte gebracht.

PAUL LEVI (Wiederkunft, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft, 1928, Nr. 2, S. 1 f.)

PAUL LEVI (11.3.1883 - 9.2.1930) war enger Kampfgefährte von Rosa Luxemburg und Mitbegründer der KPD. Nach der Ermordung von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches war er von März 1919 bis Februar 1921 Vorsitzender der KPD. Im April 1921 wurde er wegen seiner Kritik an der Politik der Partei in den Märzkämpfen in Mitteldeutschland (»Unser Weg – Wider den Putschismus«) aus der KPD ausgeschlossen.

Wahlkampf im Brandenburgischen Viertel

Martin Hoeck (FDP) und Carsten Zinn (DIE LINKE) bewerben sich als Ortsvorsteher

Eberswalde (bbp). Die Ortsbürgermeister, die gewählten Repräsentanten der Ortsteile, werden künftig Ortsvorsteher genannt. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß die Inhaber dieses Ehrenamtes im Vergleich mit den Bürgermeistern, vor allem den hauptamtlichen, nur sehr geringen Einfluß auf die tatsächliche Politik im Ortsteil besitzen. Die wird von den Verwaltungen und in gewissem Maß von den den Gemeindevertretern oder Stadtverordneten bestimmt. Immerhin konnten die bisherigen Ortsbürgermeister – entsprechendes Engagement vorausgesetzt – aber zumindest auf die Interessen ihres Ortsteils aufmerksam machen. Neben den Vertretern aus den ländlichen Stadtteilen gelang dies in den letzten Jahren insbesondere der Ortsbürgermeisterin von Eberswalde I Karen Oehler und dem Ortsbürgermeister von Finow Albrecht Triller, die sich beide in ihren Ortsteilen am 28. September wiederum der Wahl stellen.

Die Aktivitäten des Ortsbürgermeisters im Brandenburgischen Viertels blieben hingegen der Öffentlichkeit weitgehend verborgen. Das dürfte sich künftig ändern. Mit Martin Hoeck und Carsten Zinn bewerben sich zwei engagierte Bürger um das Ortsvorsteheramt. Beide haben inzwischen ihr Wahlprogramm vorgelegt. Eine Podiumsdiskussion der beiden im Vorfeld der Wahl im Gemeindezentrum ist auch geplant (den genauen Termin erfahren Sie in der Tagespresse oder im BBP-Forum).

Martin Hoeck, seit etwa einem Jahr Vorsitzender des Sprecherrates im Brandenburgischen Viertel, geht für die FDP ins Rennen. Er hat sein Wahlprogramm für das Viertel unter die Überschrift »Grünes Quartier« gestellt. »Die wesentlichen Themen sind das Zusammenleben der Generationen, die Förderung des Ehrenamtes und der Erhalt des Viertels als Bildungsstandort«, sagt er. Aber auch zum Thema Ordnung und Sauberkeit nennt Hoeck Ziele und Vorstellungen,

die er nach seiner Wahl verwirklichen möchte. Die zehn wichtigsten Punkte faßt Hoeck in einem Kurzwahlprogramm zusammen. »Es ist ein Programm, welches für die Legislaturperiode bis 2014 ausgelegt ist«, schränkt Hoeck ein. »Das bedeutet, daß nicht alles was im Programm steht auch sofort umgesetzt werden kann«. Konkret will Hoeck neue Bäume pflanzen und weitere Parkbänke aufstellen. Der Haltung von Hunden und dem Umgang mit deren Hinterlassenschaften widmet er gleich zwei

Punkte. Ordnungsamt und Polizei müßten da stärker durchgreifen. Der Fahrradweg in der Prignitzer Straße soll nach seinen Vorstellungen in beiden Richtungen genutzt und der ungenutzte Bahnübergang in der Spechthausener Straße abgebaut werden. Die Skateranlage soll Lärmschutzwände, der »Specht« einen Absperrzaun und das »Freizeitschiff« der WBG einen Fahrstuhl erhalten. Außerdem fordert Hoeck, daß die »Schwäzese«-Grundschule im Viertel bleibt und die Ortsvorsteher einen Etat erhalten, um auf die Bedürfnisse der Einwohner im Stadtteil eingehen zu können. Das komplette Programm kann unter www.martinhoeck.de nachgelesen werden.

Carsten Zinn ist der Kandidat der Partei DIE LINKE. Er sieht diese ehrenamtliche Aufgabe als partei- und bürgerbündnisunabhängige Verpflichtung gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern des Ortsteils. Er will gegenüber der Stadtverordnetenversammlung und der Stadtverwaltung »ein stärkeres Sprachrohr, ein stärkerer Mittler und wenn notwendig ein stärkerer Mahner« für die Interessen der Bewohner des Ortsteils sein, ohne die Gesamtinteressen der Stadt Eberswalde mit ihren Ortsteilen aus dem solidarischen Blick zu verlieren. Zinn sieht in den zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern, die sich »bei uns im Kiez« in unterschiedlichen Vereinen, Verbänden und Organisationen betätigen und mit ihrem unermüdligen Engagement dafür sorgen, »daß das Brandenburgische Viertel lebens- und liebenswert bleibt«, die wichtigste Kraft für ein erfolgreiches Wirken als Ortsvorsteher. »Aus meiner Sicht«, sagt er, »sind Schulschließungen, der weitere Abriss von Wohnungen, das Nichtbeseitigen von Makeln, wie z.B. die Bauruine des ehemaligen 'Spechts' oder das leidige Dauerthema 'Potsdamer Platz', genau die falschen Signale«. Damit werde weiteren gesellschaftlichen und sozialen Spaltungen Vorschub geleistet. »Ich stehe für eine bürgerfreundliche Kommunalpolitik, die ich mit Ihnen gemeinsam gestalten und erlebbar machen möchte unter aktiver Einbeziehung aller gewählten Abgeordneten in unserem Wahlkreis.«



rer Mahner« für die Interessen der Bewohner des Ortsteils sein, ohne die Gesamtinteressen der Stadt Eberswalde mit ihren Ortsteilen aus dem solidarischen Blick zu verlieren. Zinn sieht in den zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern, die sich »bei uns im Kiez« in unterschiedlichen Vereinen, Verbänden und Organisationen betätigen und mit ihrem unermüdligen Engagement dafür sorgen, »daß das Brandenburgische Viertel lebens- und liebenswert bleibt«, die wichtigste Kraft für ein erfolgreiches Wirken als Ortsvorsteher. »Aus meiner Sicht«, sagt er, »sind Schulschließungen, der weitere Abriss von Wohnungen, das Nichtbeseitigen von Makeln, wie z.B. die Bauruine des ehemaligen 'Spechts' oder das leidige Dauerthema 'Potsdamer Platz', genau die falschen Signale«. Damit werde weiteren gesellschaftlichen und sozialen Spaltungen Vorschub geleistet. »Ich stehe für eine bürgerfreundliche Kommunalpolitik, die ich mit Ihnen gemeinsam gestalten und erlebbar machen möchte unter aktiver Einbeziehung aller gewählten Abgeordneten in unserem Wahlkreis.«

Anzeige

Bündnis für ein demokratisches Eberswalde

Mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz sind Kernpunkte unseres Programms

Mehr Demokratie für Eberswalde bleibt auch nach dem Bürgermeisterwechsel eine wichtige Zielstellung, für die sich das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde weiterhin einsetzen will. Dafür tritt das Bündnis nun auch bei der Kommunalwahl an. Das Wahlprogramm des Bündnisses knüpft an das Bürgermeisterwahlprogramm des Bündniskandidaten Hartwin Schulz an. Mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz sind Kernpunkte des Programms.

Acht Kandidaten wurden für die Wahl zur StVv aufgestellt. Unter den Kandidaten sind kommunalpolitisch Erfahrene wie Albrecht Triller, Rolf Richter und Otto Baaz, aber auch »Neulinge«, wie Günter Schumacher, Dr. Elvira Kirschstein, Dr. Siegbert Kusserow und andere. Für die Kreistagswahl stellt das Bündnis fünf Kandidaten in den beiden Eberswalder Wahlkreisen. Hier sind Günter Schumacher und Albrecht Triller die jeweiligen Spitzenkandidaten. In Finow strebt Albrecht Triller auch seine Wiederwahl als Ortsbürgermeister auf der Liste des Bündnisses an.

Die Kandidaten des Bündnisses wollen nicht nur ein demokratisches Eberswalde. Sie stehen mit ihrer Kompetenz vor allem auch für mehr Arbeit und soziale Gerechtigkeit, für eine andere Bildungspolitik, für eine ausgewogene Stadtentwicklung in allen Ortsteilen und gegen Zersiedelung der Landschaft, für eine gesunde Umwelt in einer grünen Stadt ohne Sondermüllverbrennung und ohne Regionalflughafen mit 120 t Startmasse. Sie wollen sich ferner mit Nachdruck für die unmittelbaren Bürgerinteressen einsetzen, wie sie u.a. in den vielen Bürgerinitiativen ihren Ausdruck finden, für bezahlbare Energiepreise und Betriebskosten, für eine ärztliche Versorgung in der Nähe u.a.

Das Bündnis hat sich im Vorfeld der Kommunalwahl wegen inhaltlicher Differenzen von der Allianz freier Wähler mit Dr. Spangenberg getrennt. Leider hat die vorgeblich angestrebte Einheit der Bürgerbewegungen zum Gegenteil, nämlich zu ihrer Spaltung geführt.

HARTWIN SCHULZ, Pressesprecher

Neues vom Bildungsfernsehen

von Dr. Steffen Peltsch

Zu den wirklichen Wundern des Fernsehens gehört, daß es immer wieder schafft, eine bestimmte Rezeptur für die Erschaffung einer bestimmten Sorte von »Moderatoren« und Innen konsequent umzusetzen.

Zu den Zutaten für die Erzeugung solcher Homunkuli gehören – quasi als Basismaterial – eine solide Halbbildung, die ein Drittel der PISA-Normen keinesfalls überschreiten darf; ein ausgeprägter Sinn für Oberflächlichkeit und ein gestörtes Verhältnis zur deutschen Sprache. Innerhalb dieser Koordinaten sind Variationen möglich. Zum Beispiel ein Quelle-Katalog-Modell-Gesicht wie bei Jörg Pilawa oder – als Kontrast – die mitleidheischende Visage des Herrn Silbereisen, der treffender Silberblick heißen sollte. Auch die Fähigkeit, auf Knopfdruck ein paar Krokodilfränschen sprudeln zu lassen (Erstverwendung bei M. Schreinemaker, Nachnutzerin Claudia Roth von den Sonnenblümlern) wird nicht ungern gewählt wie auch die Spielart, einen möglichst dämlichen Spruch als Abschlußsentenz auszuwürgen. Wie spruch doch der egomanische Pfaffe Fliege? »Passen Sie gut auf sich auf!« Hätt er es nur selbst getan, vielleicht hätte man den Gottesmann nicht beim Herumstöbern in einer ihm nicht angetrauten Dame erwischt. Verweisen sei auch auf die tragikomischste Figur des Moderatorenengewerbes überhaupt, eine Kleiderstange namens Nina Ruge, die, nachdem sie die Stuhlgänge sogenannter Promis durchgewühlt hatte, mit milder Stimme ausrief: »Alles wird gut!«

Zum Basismaterial kann auch etwas von dem Stoff beigetan werden, aus dem die Zotenwände der Bahnhofsklos sind, und schon hat man Stefan Raab oder seine Zwillingsschwester Hella von Sinnen. Wer es mag, dumme arme Leute vorgeführt zu sehen, sei auf Bärbel Schäfer verwiesen, die mit einer speziellen Sorte von Kreativität angereichert wurde – der Erfindung immer schmutzigerer Talk-Show-Themen von »Mein Nachbar klaut meine Slips von der Leine« bis zu »Ich habe den geilsten Arsch Deutschlands«. Kulturbeiträge, die übrigens immer gesendet wurden, wenn die Schulkinder gerade nach Hause gekommen waren. Was den – allerdings in Nutenkreisen auffällig gewordenen – Moralverkünder Michel Friedman... Sie kennen ja die Geschichte... Pomade drüber.

Einige der Frohnaturen bringen gekonnt körperliche Defekte zur Wirkungserhöhung ein und verletzen damit das Tabu, über die Leiden anderer sich lustig zu machen. Dirk Bach macht sich zur Sau und kokettiert mit seiner bedauerlichen Fettsucht, ein gewisser »Atze« Schröder zeigt seine vom Lockenpilz befallenen Haare ohne Scham, und der Comedian Profitlich stellt Sendung für Sendung seine Gesichtslähmung aus, die ihm lediglich albernes oder noch alberneres Grinsen erlaubt.

Das Fernsehen tut sich schwer mit der Entsorgung jener Zumutungen, die nach und nach denn doch in die Jahre kamen, die ihre Gags und Einfügigkeiten zum zigsten Male durchgewuselt und so endlich ihr Quotentief erreicht hatten. Kaum gegangen worden – immer sanft, immer mit güldenem Handschlag – gab man ihnen über die Hintertür noch einen Gnadenbroterwerb. Es wurde abgefrühstückt, bis auch die veralzheimertste Großmutter das nicht mehr schlucken wollte. Und nicht einer dieser Unterhalter und Innen hielt es für unter seiner Haltung, den Löffel nochmals in die Gagenschüssel zu tunken. Schreinemaker machte auf Diät, die Millionärgattin Ruge zu später Stunde auf Esoterik, Bärbel Schäfer trat irgendwelchen Quark zu leicht versetzter Sendezeit breit, und selbst Michel F., unfähig, von seiner Sucht als Selbstdarsteller zu lassen, kriegte nach seinem Ausritt ins Rotlichtmilieu bei einem kaum gesehenen Nachrichtensender Gelegenheit, seinen Zynismus weiter zu pflegen.

Nachgewachsen und fugenlos ins Ensemble der Plappermäße passend ist inzwischen ein Blondchen, von dem gemunkelt wird, es sei mal Deutschlehrerin und sportlich aktiv gewesen. Sicher ist, daß die Dame drauf und dran ist, die im Westen so genannte »Valente des Ostens«, Dagmar Frederic nämlich, scheidungsartig zu überholen, ohne sie einzuholen. Und daß sie zum Bussi-Mädel der Intelligenzblätter BILD und SUPER-ILLU wurde. Im letztgenannten Organ erzählte sie – es war während der »Weltmeisterschaft der Herzen« – ein Geschichtchen, das man immer mal dann zitieren sollte, wenn die Dreiheit von Dummheit, Devotheit und Berechnung illustriert werden soll. Das sonnige Gemüt kam nach Hause und wurde von seiner Nachbarfamilie darauf hingewiesen, daß – obwohl »Heißt Flagge« angesagt war, bei ihr nichts, nicht einmal ein Wimpel in Schwarzrotgold, hängen tat. Worauf sofort das Gewissen zugebissen und sie ihr Bundesbanner aus dem Schrein geholt und feierlich, aber mit schamrotem Kopf in den Sommerwind gehängt habe, und danach war sie, sagt sie, bei den Nachbarn vorstellig geworden, um sich zu bedanken. Gedanken in Richtung Arschtritt hat sie also nicht entwickelt.

Übrigens – an den Vorabenden des Kampf- und Feiertags aller Werktätigen ließ sich – seinerzeit – mein Abteilungsleiter an den Wohnungen der Kollegen vorbeikutschieren und hakte ab, wer oder wer nicht und ob vor- oder hintenraus geflaggt hatte. Der Kampftag selbst hob mit dem Zusammenscheißen der Säumigen an, was die zusätzlich motiviert hat, für die Freiheit der unterdrückten Völker Afrikas oder Lateinamerikas zu demonstrieren. Von Dankesworten an den Ausspäher war nie was zu hören, allenfalls, aber sehr, sehr leise hörte man was Zoologisches. Besagter Genosse gehört

heutigentags der schwärzeren der beiden Volksparteien an. Ich erwähne das nur.

Zurück zu Andrea Kiewel, die sich nur scheinbar zierte, wenn sie Kiwi gerufen wird, Kiwi – wie jene säuerliche Frucht, die flotteren Stuhlgang fördern soll. Okay, das will nichts besagen. Kai Pflaume und Karsten Speck, die Damenträumlinge der Zunft, tragen zwar nicht die melodischsten aller Namen, heißen aber nun mal, wie sie heißen. Aber sich einen Nicknamen aus dem Südfrüchteladen zu besorgen, das setzt schon Format voraus, über das auch ein Mann verfügt, der klamaukige Indianer- und Sissi-Filme dreht und sich »Bulli« (!) nennen läßt.

Andererseits, man will ja nichts auslassen, könnte Kiwi ja auch auf jenen flugunfähigen australischen Klein Vogel verweisen, der mit großem Schnabel im Morast nach Beute sucht. Das Stöbern nämlich ist geradezu ein Markenzeichen der Andrea K. Wer sich die Sendung »Riverboat« vom MDR nicht verkneifen kann, die mit einer geistreichen, kritischen oder gar satirischen Talkshow so viel zu tun hat wie ein CSU-Parteikonvent mit Mineralwasser, der wird sich typischer Such- und Wühlenszenen erinnern. Andrea beim Sortieren ihrer Fragekärtchen, vor zurück zur Seite ran, dann erneutes Nachgucken. Schon rückt sie dem gleich zu befragenden näher, beginnt, ihre blonde Brust an dessen Schulter zu schaben, lächelt und legt los. Nun das Wühlen im Detail. Unwichtig Ansichten, Meinungen zu Politik, Kultur, Lebensentwürfen usw. Aber das: »Waren Sie denn nach dieser Begegnung noch mit Romy S. beisammen? Irgendwie. Also ja. Schön für Sie. War es lange? Nur eine Nacht. Sie sind sich also (Blick auf die Fragenotizen, Augenaufschlag, noch mehr Büste an der Schulter des Gastes, Schubbern...) auch, wie schön, intim näher geraten. Nun sagen Sie schon (Kiwi zappelt), los, mal raus mit der Sprache...« JA, ICK HAB IHR GEFICKT

Kiwi lehnt sich erschöpft zurück, kichert, Publikum rast, Kachelmann übernimmt. So sehen sie aus, die wirklich wilden Nächte zu Leipzig.

Nun, hört man, rücken die Sender von der Nostquotenfrau ab, weil sie schleichend für eine Gewichtsüberwachungsfirma geworben hat. Und das, obwohl sie, wie BILD dem ehemaligen Lieblingskind vorrechnete, über einen Kontostand von über sechs Millionen verfügt. Dafür müßte Platzbeck lange regieren. Immerhin, so scheint es, werden wir die plappernde Schwester Dieter Thomas Hecks früher los, zumindest für ein Zeitchen, als den Siebzigjährigen, der das Vaterland ewig beglückte.

Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet, ist schon ein Ersatzkader gefunden worden. Jemand, der in seiner Rolle alle Klischees des Ost-Dödels bedient wie – riecht nach Achselschweiß oder Billigdeo – trägt Biwa-Pullover – bewegt sich nur widerwillig – rülps beim Sex.

Willkommen, Cindy aus Marzahn!

Neppenbei bemerkt

In einem Restaurant in Odernähe verlangt man für eine Portion frische Wurst mit Sauerkraut und Kartoffeln acht Euro; in einem Eckimbiß nicht weit weg vom Eberswalder Markt werden für eine Boulette (mit Brot!) weit über drei Euro kassiert; Spiegelei mit Bratkartoffeln bietet ein Landgasthof in Schönholz für mehr als neun Euro an. Vielerorts haben die Pauschalpreise für Brunchs die 1-zu-1-Abzocke gleich nach dem Euro-Putsch weit hinter sich gelassen. Ein Wirtshaus in einem der bekannteren Ausflugsorte des Barnim lag der Brunchpreis seinerzeit bei 15 Westmark, aus denen ruckzuck 15 Euro wurden. Zum Ausgleich verschwanden Forellenfilet, Lammsteaks und Krabben vom Buffet. Heute werden 20 Euro verlangt, aber alle Getränke sind extra. In blumig aufgemachten Faltblättchen wird dem, der drauf reinfallen will, mitgeteilt, das Frühlingsbrunch sei ein »Schnäppchenangebot«. Bei einer Fleischerei in der Joachimsthaler Region kann man normalen, nicht mit Kaviar veredelten Kartoffelsalat zu 7,50 Euro pro Kilo einkaufen.

In Laubegast bei Dresden in einem Restaurant mit Elbblick kann man frische Wurst, die dort Grützewurst heißt und statt der hierzulande leider üblichen Zimtzugabe Majoran enthält, mit Sauerkraut und Kartoffeln für knappe fünf Euro essen; in der Dresdener Innenstadt, also dem teuersten Pflaster Sachsens, bieten die Mittelklassewirthäuser Spiegeleier mit Bratkartoffeln in weit ausladenden Portionen für maximal sieben Euro an.

Nicht zu vergessen – Dresden floriert, relativ wenig Arbeitslose, hohes Durchschnittseinkommen, der Mietwucher hält sich in Grenzen. Okay, die Stadtoberen haben den tiefen Teller nicht erfunden – siehe Elbbrücke usw. Ist aber ein anderes Blatt. Wie auch der peinliche, protzende Opernball. Oder Gunter Jämmerlich.

Hier bei uns floriert es weniger – bis auf die Preise in der Gastronomie. Vielleicht sollten sich die hiesigen Wirte und INNEN mehr am südlichen Nachbarland als am Kudamm orientieren. Auch die lieben Westberliner, die Sommergoldesel der Barnimer Gastronomie, lassen sich nicht mehr so ohne weiteres über den Biertisch ziehen. Dort ist inzwischen eine »Picknick-Kultur« entstanden, u.a. aus Gründen, die mit einem »Preis-Leistungs-Mißverhältnis« in Gastwirtschaften des Berliner Umlands zu tun haben. Das jedenfalls meldete eine seriöse Berliner Zeitung unlängst. Das war ja schon mal ein Anfang für einen neuen Tarifvertrag zwischen Gästen und Kneipern.

G. GERN-ESSER

Das Schicksal einer Petition

oder wie der Bundespräsident mit den Menschen redet

In diesen Tagen füllen manche Zeitungen das Sommerloch mit so wichtigen Themen wie z.B. der Wahl des Bundespräsidenten im nächsten Jahr. Es gibt zwar wichtigeres, aber mit solchen Themen kann man von wichtigerem ablenken. Das funktioniert.

Herr Köhler will wiedergewählt werden. Ihm macht sein Amt Spaß, sagt er. Er redet mit den Menschen, sagt er. Und gewinnt daraus neue Kenntnisse und Erkenntnisse, sagt er auch. Leider gehöre ich wohl nicht zu den Menschen, mit denen der Herr Präsident spricht. Er hat nichtmal Zeit, auf einen Brief von mir zu antworten. Damit beauftragte er den Petitionsausschuß des Bundestages. Vermutlich hat er meinen Brief gar nicht zu lesen bekommen, denn darin beschwerte ich mich über die Arbeitsweise eben dieses Ausschusses.

Nun ist es nicht ungewöhnlich in diesem Deutschland, daß Beschwerden von eben den Personen bearbeitet und – natürlich – zurückgewiesen werden, denen die Beschwerde gilt.

Immerhin hat der Petitionsausschuß – nun im Auftrag des Bundespräsidenten – die Petition nun doch behandelt, nachdem er sie bereits im Jahr 2006 ohne inhaltliche Prüfung wegen angeblicher Nichtzuständigkeit abgewiesen hatte. Allerdings ist der Petitionsausschuß immer noch der Auffassung, daß er für mein Problem nicht zuständig ist. Das soll auch die Auffassung des Bundespräsidenten sein.

Nun sollte ich aber sagen, was mein Problem ist. Es geht um den Mißbrauch des Begriffs »Anschluß- und Benutzungszwang« und im Zusammenhang damit um Menschenrechtsverletzungen und Verletzung des Grundgesetzes durch Behörden und Gerichte. Das habe ich dem Petitionsausschuß mitgeteilt, weil er dem Bundestag empfohlen hat, das Petitionsverfahren einzustellen, ohne sich jemals inhaltlich damit auseinandergesetzt zu haben.

Aus meiner Mitteilung:

Ich nehme zur Kenntnis, daß Bundesregierung und Bundestag nicht zuständig sind für

- a. Verletzung von Grundrechten durch Behörden
- b. Nichtbeachtung grundgesetzlicher Regelungen durch Länder und nachgeordnete Einrichtungen und die Justiz
- c. Nichtbeachtung und Verletzung von Menschenrechten durch Behörden und im Auftrag von Behörden.

Diese Auskunft ist ungeheuerlich. Ganz offensichtlich mangelt es Bundesregierung und Bundestag hier nicht an Zuständigkeit sondern an Kompetenz. Dieser Mangel ist nur so zu erklären, daß Bundesregierung und Bundestag die für eine sachgerechte Entscheidung erforderliche Souveränität fehlt.

Hinzu kommt die offensichtliche Nichtbereitschaft und Unfähigkeit des Petitionsausschusses, die Petition sachlich und inhaltlich zu prüfen. Bei sachlicher Prüfung hätte der Petitionsausschuß feststellen müssen, daß in Deutschland auf dem von mir

bezeichneten Gebiet permanent Menschenrechtsverletzungen stattfinden. Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Körperverletzung und widerrechtliche Enteignung sind nur Beispiele, die jederzeit belegt werden können.

Weiter hätte der Petitionsausschuß feststellen müssen, daß es den unbedingten Anschluß- und Benutzungszwang nur in der Gemeindeordnung des Deutschen Reiches aus dem Jahre 1935 gibt. Daraus folgt, daß Gerichte und Behörden ein Nazigesetz vollziehen.

Hier erwarte ich, daß der Petitionsausschuß zur Kenntnis nimmt, daß deutsche Verwaltungsbeamte und deutsche Richter geltendes Recht in Nazi-maier (fehl-)interpretieren und durchsetzen. Da für derartige Delikte der Bund angeblich nicht zuständig ist, bleibt mir nur übrig, mich an die nach wie vor mit entsprechenden Kompetenzen und mit Vollmacht ausgestatteten Siegermächte des zweiten Weltkrieges – etwa den alliierten Kontrollrat – zu wenden in der Hoffnung, daß diese einmal mehr in Deutschland aufräumen und veranlassen, daß Verwaltung und Justiz in Deutschland entnazifiziert werden.

So weit der wesentliche Inhalt meines – zu gegeben – etwas ungehaltenen Briefes. Hier muß man mir wohl gutschreiben, daß ich nach zwei Jahren Nichtantwort wohl ungehalten sein darf. Der Tobak war den Herrschaften aber doch etwas zu stark. Sie reagierten – ganz ungewöhnlich – innerhalb einer Woche mit der Bemerkung, daß ich von Zuschriften mit beleidigendem Inhalt absehen sollte.

Es war leider nur eine kleine Genugtuung, daß wenigstens dieser Schlag gegessen hat. Bedauerlich, daß es grober Wahrheiten bedarf, um wahrgenommen zu werden. Wenn die Wahrheit als Beleidigung empfunden wird, dann ist es um die Wahrheit schlecht bestellt.

Was sagte doch der Herr Bundespräsident? Ja richtig: er redet mit den Menschen und lernt daraus. Geredet hat er nicht mit mir, aber nun kann er den ganzen Vorgang im Internet lesen und vielleicht etwas lernen, ohne mit mir zu sprechen.

Ich habe auch etwas gelernt: Der Präsident muß mit einem Menschen wie mir nicht sprechen, er muß mir nicht einmal auf einen Brief antworten. Ein Petent – so heißt der Bittsteller, also der Verfasser einer Petition im amtsdeutsch – muß keine Antwort erhalten. Es genügt, seine Nichtzuständigkeit zu erklären. So eine Petition kann man sich also sparen.

Und noch etwas habe ich gelernt: Für die Einhaltung des Grundgesetzes und für den Schutz der Menschenrechte in Deutschland – ist in Deutschland niemand zuständig. Wir reden in Deutschland gern über Menschenrechte – bei anderen. Ein deutsches Sprichwort sagt, daß jeder zuerst vor seiner eigenen Tür kehren sollte. Wie wahr, wie wahr!

JOHANNES MADEJA

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42

(Wochenende und nach 18 Uhr)

Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Nein zum Brandenburger Alleenvernichtungskonzept!

Massiv umwerben Verkehrsminister Dellmann und Planer Brehm die Öffentlichkeit mit ihrer neuen Alleenkonzepktion. Unterdessen laufen Fachleute Sturm gegen dieses »Alleenvernichtungskonzept«, das unter dem Deckmäntelchen eines nachhaltigen modernen Alleenschutzes agiert. Denn im Zuge einer konsequenten Umsetzung der Strategie 21 wird der Schutzstatus nicht mehr vollständig geschlossener Brandenburger Alleen, unabhängig von ihrer Vitalität, aufgehoben. Ein Freifahrtschein für Fällungen. Um dies zu erreichen, werden regressive Eingriffe ins Brandenburger Naturschutzgesetz nötig sein, so die Entwertung des § 31 BbgNatSchG und des Alleenunderlasses.

Die negativen Folgen für Landschaftsbild und Naturhaushalt sind offensichtlich. Allerdings wird das den Zielen der EU-Konvention zum Schutz und der Gestaltung der Landschaft und dem länderübergreifenden Schutzgebietsystem Natura 2000 (Alleen als Teile von Biotopverbundsystemen) zuwider laufen.

Die Strategie 21 wurde konzipiert, um auf rigorose Weise den Kostenaufwand für Einzelbaumbetrachtungen und Pflegemaßnahmen zu minimieren. Zugleich will man sich Nachpflanzungen innerhalb von Alleen ersparen. Um

dafür den Boden zu bereiten, operieren die Verfasser mit Halb- und Unwahrheiten. So wird das Zerrbild von überalterten Alleenbeständen gezeichnet. Ins Reich der Märchen gehört auch die These, daß Lückenpflanzungen verkümmern. Denn gerade durch zeitnahe Nachpflanzungen können Lücken aufgefüllt und nach Jahren eine optisch harmonische Alleenstruktur geschaffen werden.



Wunschdenken ist die in der Alleenkonzepktion angestrebte homogene Altersstruktur, welche man mit Begründung neuer Alleen durch gleichaltrige Jungbäume dauerhaft erreichen möchte. De facto wird es aber im »Leben einer Allee« stets Baumauffälle geben, die zeitnah ersetzt werden müßten.

Will das Land Brandenburg effektiven Alleenschutz glaubwürdig betreiben, so muß es dafür konsequenterweise ein größeres Budget bereit stellen. Alles andere sind reine Täuschungsmanöver.

Alte Alleen, das Markenzeichen Brandenburgs, sind als kulturelles Erbe zu pflegen und vor Umweltbelastungen weitgehend zu schützen. Ich fordere die Landesregierung auf, die Strategie 21 grundlegend zu überarbeiten!

Dr. ANDREAS STEINER (Grüne Liga Brandenburg, Barnimer Baumschutzstammtisch)

Dieser Beitrag wurde zuerst veröffentlicht als Leserbrief in der Zeitschrift »Neue Landschaft/Pro Baum« vom Juni 2008. Der Beitrag nimmt kritischen Bezug auf den zweiteiligen Artikel »Erhalt der grünen Tunnel - Ein nachhaltiges Alleenkonzepktion für Brandenburg« der Autoren Reinhold Dellmann, amtierender Verkehrsminister von Brandenburg, und Landschaftsplaner Jochen Brehm. In dem Artikel werben die beiden Verfasser lang und breit für die neue Brandenburger Alleenkonzepktion Strategie 21.

Konzept für Stromleitungen gefordert

Mit Nachdruck fordert Cornelia Behm, Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, den brandenburgischen Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns auf, ein Konzept für den zukünftigen Bau von Fernstromleitungen vorzulegen. So sei in der Energiestrategie des Landes nicht erkennbar, welchen Stellenwert dem Erdkabel zukünftig eingeräumt wird.

»Vieles deutet darauf hin, daß der Minister am Status quo festgehalten möchte und daß Hochspannungsleitungen künftig ausschließlich überirdisch verlegt werden. In Pressestatements gibt er jedenfalls die Erklärung ab, daß durch den Ausbau

der erneuerbaren Energien mehr Stromtrassen notwendig seien und daß die Bevölkerung mit dadurch entstehenden Belastungen rechnen müsse. Mit keinem Wort geht er auf Bürgerinitiativen ein, die ein Gesetz für die Verwendung von Erkkabeln verlangen. Diese Strategie geht an den Menschen vorbei, Herr Minister! Ich fordere Sie erneut dazu auf, den Weg für eine Vorreiterrolle Brandenburgs bei der Erdverkabelung zu ebnen. Ein scharfes Landesgesetz, das der Bevölkerung Schutz vor gesundheitsgefährdender elektromagnetischer Strahlung gewährt und Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft durch Hochspannungsleitungen

verringert, ist erforderlich.« so die Abgeordnete.

Seit Monaten regt sich in der Bevölkerung Unmut über den Ausbau der Stromnetze. So plant der Energiekonzern Vattenfall eine Freileitung, die auch durch das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin führen soll. Mit der Trasse soll einerseits Strom aus Windenergie befördert werden. Andererseits soll jedoch auch ein Kohlekraftwerk angeschlossen werden, daß in Mecklenburg-Vorpommern geplant ist. Eine Bürgerinitiative setzt sich für eine unterirdisch verlegte Hochspannungsleitung ein.

OLAF GOLDSCHMIDT

Widersinnige Fördermittelpolitik

Im Zuge der Umsetzung einer europäischen Richtlinie zu Klimaschutz und Abfallwirtschaft will der brandenburgische Umweltminister Woidke bis 2013 mit EU-Mitteln in Höhe von rund 38 Mio. Euro einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Feinstaubbelastung in Städten legen. Aus gutem Grund, denn Feinstäube bergen mit ihren Schadstoffen ein hohes Humantoxizitätspotenzial in Bezug auf Atemwegs- und Krebserkrankungen.

Andererseits genehmigt das dem Minister unterstellte Landesumweltamt – wie vom Antragsteller eingereicht und damit ohne wesentliche Nachbesserungen – eine gewerbliche Sondermüllverbrennungsanlage in Eberswalde, die enorme Feinstaubmengen ausstoßen wird. Im selben Fall wird Mülltourismus nach Bran-

denburg vom Land sogar noch subventioniert. Ist dies nicht widersinnig?

Bevor Fördermittel nach dem Gießkannenprinzip so ausgegeben werden, daß sie sich in ihren Wirkungen gegenseitig aufheben, sollten sie lieber in den Regionen für sinnvolle und dem Bürger nachvollziehbare Projekte verwendet werden.

Zum Beispiel für die Sanierung des schönen alten Finow-Kanals in Eberswalde, der einen touristischen Höhepunkt für Angler und Wassersportler darstellt. Hier wäre es dringend nötig, den durch Abwässer von ehemaliger chemischer Industrie und Papierfabrik verseuchten Untergrund auszubaggern und fachgerecht zu entsorgen.

Dr. ANDREAS STEINER

Wildniscamp

Um die spannenden Dinge der Wildnis zu bemerken, braucht man wache Augen und Ohren, handwerkliches Training und Neugier. Wer hautnah erfahren möchte, wie man eine Woche lang im Wald (über)lebt, der kann dies vom 19. bis 24. Oktober beim Wildniscamp der BUNDJugend Brandenburg in Bad Freienwalde ausprobieren. Die Teilnehmer erfahren, wie man Wildnis wahrnehmen, sie in ihren vielen Formen entdecken und in ihr leben kann. Die Wahrnehmung wird geschärft, wie das soziale und handwerkliche Geschick. Hier kann man ausprobieren wie man sich im Wald nahezu unsichtbar macht und sich ganz auf die eigenen Sinne konzentriert. Teilnehmen können Jugendliche und junge Erwachsene ab 12 Jahren. www.bundjugend-brandenburg.de.

NICOLE TÄSCHNER

Ein-Euro-Jobs in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Zur Einwohnerfragestunde der StVV-Sitzung am 29. Mai hatte CARSTEN ZINN einen umfangreichen Fragenkatalog übergeben (BBP 6/2008). Die zehn Fragen wurden durch THOMAS HOLZHAUER, dem Leiter der Arbeitsgruppe »Hartz IV« in der Stadtverwaltung, wie folgt beantwortet (leicht gekürzt, vollständig unter http://bbp.aki-stuttgart.de/index.php/Ein-Euro-Jobs_Eberswalde_2008):

Warum hat man versucht, diesen Vertrag im ersten Schritt an den Gremien, insbesondere an dem zuständigen Fachausschuß der Stadtverordnetenversammlung vorbeizuleiten?

Nach Verhandlungsabschluß und Vertragsunterzeichnung am 02.04.2008 bestand keine Möglichkeit einer fristgemäßen Befassung des AJSKSS. Da es sich nach dem Vertragsinhalt zudem schwerpunktmäßig um »Personalangelegenheiten« in Zuständigkeit des Hauptausschusses handelt, wurde eine Beteiligung des Hauptausschusses als ausreichend erachtet.

Warum war dieser Vertrag nicht Tagesordnungsbestandteil in der Trägerversammlung und im Beirat des Job-Center Barnim?

Die Frage kann ausschließlich durch das Job-Center beantwortet werden.

Nach intensivem Studium dieses Vertrages muß ich feststellen, daß es folgende strategische Ausrichtungen seitens der Stadtverwaltung Eberswalde gibt:

a) eine Bereinigung der Eberswalder Arbeitsmarktstatistik, insbesondere bei den Langzeitarbeitslosen

b) eine Konsolidierung der Personal- und Haushaltskosten insbesondere der Projektgruppe Beschäftigungsförderung mit nicht unerheblichen finanziellen Mitteln des Job-Centers Barnim

c) die Disziplinierung und Überwachung von Langzeitarbeitslosen in der Tageszeit von 6 bis 20 Uhr.

Können Sie diese Auffassung teilen, wenn nein, warum nicht?

Die von der Stadt verfolgten strategischen Ansätze sind in der Begründung zu der Beschlusvorlage 4/48/08 dargelegt und lassen sich wie folgt stichpunktartig zusammenfassen:

- Deutliche Ausweitung des öffentlich geförderter Beschäftigungssektors
- Herausholen von Betroffenen aus bestehender sozialer Isolation und Integration in bestehende oder zu schaffende betriebliche Zusammenhänge (sozial-integrativer Ansatz)
- Wahrnehmung sozialer Verantwortung und bestmögliche Umsetzung kommunalen Nutzens im Allgemeininteresse

Die in der Frage unterstellten Ansätze werden von der Stadt ausdrücklich nicht verfolgt.

Der Bundesrechnungshof hat in seinem jüngsten Bericht den Einsatz und Mißbrauch von Ein-Euro-Jobs erneut sehr deutlich gerügt. Welche Konsequenzen ziehen daraus die Stadtverwaltung und die Abgeordneten der StVV?

Der vorliegende Bericht setzt die Kritik des Bundesrechnungshofes an zahlreichen aufgetretenen Mißbrauchsfällen wegen des Fehlens der gesetzlichen Voraussetzungen aus den vor-

ausgegangenen Jahren 2005 und 2006 fort. Dieser Kritik wird durch die entsprechenden Kontroll- und Prüfungsmechanismen in dem Vertrag Rechnung getragen, wobei die Stadt hier größtmögliche Transparenz gewährleistet.

Wie ist die Aussage von einem großen Teil der Abgeordneten und der Vorsitzenden des Personalrates zu werten, daß das arbeitsmarktpolitische Instrument »Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung (MAE)« in der Stadt Eberswalde in den vertraglich avisierten jährlichen Größenordnungen besser aufgehoben wäre als bei den freien Trägern oder gemeinwohlorientierten Unternehmen?

Bekannt ist, daß eine Vielzahl freier Träger beispielsweise nicht zu den tariflichen Bedingungen des TvöD beschäftigt, sondern unterhalb dieses Niveaus. Das Job-Center hat im Zusammenhang mit den geführten Verhandlungen wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Kosten, die bei den freien Trägern entstehen, erheblich über den jetzt mit der Stadt vereinbarten Konditionen liegen und somit ein erhebliches Mehr an Beschäftigungsförderungsmaßnahmen, auch und gerade auf einem höherwertigen Niveau erreicht werden kann.

In welchen Tätigkeitsfeldern und Zeiträumen ist der Einsatz der MAEs vorgesehen und wie kann gewährleistet werden, daß im Vorfeld der beabsichtigten Maßnahmen die Gemeinnützigkeit, die Zusätzlichkeit und die Wettbewerbsneutralität garantiert ist und durch die Abgeordneten die Kontrollfunktion jederzeit diesbezüglich wahrgenommen werden kann?

Ab dem Zeitpunkt der Wirksamkeit und zwar für die Gesamtdauer des Vertrages ist der Einsatz in drei Maßnahmefeldern vorgesehen: einem gewerblich technischen Bereich, einem sozial-/bildungswirksam und kulturell ausgerichteten Bereich sowie einem Verwaltungsbereich. Diesen Bereichen werden konkrete und detaillierte projektbezogene Einzeltätigkeiten zugeordnet, die nach dem im Vertrag beschriebenen Verfahren vom Job-Center geprüft und sodann in der Stadt eingerichtet werden können. Schwerpunktmäßig ist der Einsatz im Bereich der Pflege des Stadtbildes, dem Aufbau, der Pflege und Unterhaltung zusätzlicher touristischer Infrastruktureinrichtungen, der Bereitstellung von zusätzlichen Angeboten in Kitas und Schulen vorgesehen, sowie in allen Bereichen, in denen bisher schon Beschäftigungsmaßnahmen mit Erfolg durchgeführt wurden.

Die Einrichtung der konkreten Einzelmaßnahmen stellt sich als einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung dar. Im Gegensatz zu den freien Trägern unterliegt die Stadt in vielfältiger Weise gesetzlich geregelten Kontrollmechanismen, die über die Prüfung

der Mittelverwendung durch die Fördermittelgeber bei den freien Trägern hinausgeht (Fach- und Dienstaufsicht innerhalb der Verwaltung, laufende örtliche Rechnungsprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt, überörtliche Rechnungsprüfung, allgemeine Rechtsaufsicht durch die Kommunalaufsicht). Darüber hinaus ist innerhalb der Projektgruppe Beschäftigungsförderung die Einrichtung einer eigenen (internen) Controlling-Stelle vorgesehen, sofern sich dies aus den zur Verfügung stehenden Fördermaßnahmen realisieren läßt.

Nach Abstimmung mit dem Job-Center wird der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Auflistung der konkreten Einzelprojekte zur Information zugeleitet. Den Stadtverordneten stehen in diesem Zusammenhang alle kommunalverfassungsrechtlich vorgesehenen Instrumente der Kontrolle (z. B. Auskunft, Akteneinsicht, Erlaß von Richtlinien, Budgetrecht) zur Verfügung. Eine regelmäßige Berichterstattung im AJSKSS ist vorgesehen.

Warum wurden im Vorfeld gewerkschaftliche Erwerbsloseninitiativen nicht zeitnah informiert und beteiligt?

Ein rechtlich bindend geregeltes Beteiligungsverfahren für die Stadt als Trägerin von Arbeitsfördermaßnahmen außerhalb der Mitbestimmungsrechte der Personalvertretung besteht nicht. Die Stadt wird in diesen Fragen auch weiterhin die Arbeitsgruppe »Hartz IV« des AJSKSS kontaktieren.

Ist es vorgesehen, daß in Eberswalde neben den vielen anderen Netzwerken nun auch ein »Netzwerk Ein-Euro-Jobs« gegründet wird und die Stadt diesbezüglich zu einer bundesweiten Modellkommune in der Etablierung von Niedrig- und Armutslöhnen entwickelt?

Nein.

Ist dieser Vertrag den Beschäftigten der Stadtverwaltung im Rahmen einer Personalversammlung zur Kenntnis gegeben worden und welche Positionen bezieht der Personalrat?

Der Personalrat teilt hierzu auf Anfrage mit: »Die Beteiligungsrechte des Personalrates waren und sind gewahrt. Der Personalrat hat seine Position in dieser Frage in einem Gespräch mit Herrn Zinn am 24.04.2008 ausführlich dargelegt und sieht keine Veranlassung, sich oder die Beschäftigten der Stadtverwaltung Eberswalde in der politischen Kampagne von Herrn Zinn instrumentalisieren zu lassen.«

Ist dieser Vertrag kompatibel mit Blick auf haushaltspolitische Vorgaben für das Jahr 2009?

Da für die Stadt zusätzliche Kosten nicht entstehen, wird in dem Vertrag insoweit keine haushaltsmäßige Relevanz gesehen.

Vier Jahre Montags-Demonstrationen

Hartz IV – wie lange noch?

von Dr. Rainer Thiel

Hartz IV ist Armut per Gesetz. Am schlimmsten ist die Kinderarmut: Kinder werden ihr ganzes Leben unter den psychischen Folgen leiden. Doch das ist längst nicht alles. Hartz IV ist Entzug von Menschenwürde.

Jetzt in den Sommerferien verdienten sich Schüler aus allen Familien in sogenannten Praktika ein paar Euro Taschengeld. So lernen sie auch, übers Klassenzimmer hinauszuschauen, und so kommen ein paar Euro zusammen für ein Fahrrad, auch für einen Computer, der heute zur Grundausstattung jedes jungen Menschen gehört.

Ist das Kind aber Kind von Hartz-Betroffenen, greift für sie die Sippenhaftung: Das selbst verdiente Taschengeld müssen sie – bis auf einen winzigen Freibetrag – bei der Hartz-Behörde abliefern.

Die Montags-Demonstrationen – nun seit vier Jahren – sind Kampf gegen Armut und für Menschenwürde. Sie haben die Funktion des Staates übernommen, von der es in Artikel 1 des Grundgesetzes heißt: *»Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.«* Dafür kämpfen auch heute Montags-Demonstranten auf der Straße. In www.bundesweite-montagsdemo.com wird monatlich aus fünfzig Städten berichtet. Am 1. August brach sogar die Sozialistische Tageszeitung ihr Schweigen und meldete aus Senftenberg (Lausitz): *»... gab es hier besonders viele Teilnehmer.«*

Warum aber sind es weniger geworden, die für die Menschenwürde auf den Straßen kämpfen? Entzug der Menschenwürde bleibt nicht ohne Folgen. Offenbar sind die meisten Hartz-Betroffenen durch Armut und Entzug der Menschenwürde auch psychisch so schwer verletzt, daß sie es aufgegeben haben, für ihre Würde einzutreten. Sie sind psychisch am Ende, wie hochbetagte, kranke Menschen, die nur noch auf ihr physisches Ende warten.

Wird bei Ferienjobs das ALG II gekürzt?

Aus einem Interview des Oder-Spree-Journal am 1.8.2008 mit dem Leiter eines Amtes:

»Frage: Und wenn man es nicht meldet? ...

Antwort: Ein Ordnungswidrigkeitsverfahren muß vom Amt ... in den Fällen durchgeführt werden, in denen der Behörde anrechnungspflichtiges Einkommen schuldhaft verschwiegen wird. In schwerwiegenden Fällen ist die Behörde sogar gehalten, ein Strafverfahren einzuleiten.«

Vier Jahre Montags-Demo heißt aber auch Selbstkritik. *»Hartz muß weg«* bleibt richtig. Doch wir müssen fragen *»Wie?«*

Wir brauchen die Solidarität der Erwerbstätigen. Auch sie leiden: Angst vor Arbeitslosigkeit. In ihrer Angst lassen sie sich erpressen,

zunehmende Arbeitshetze und zunehmend Dumping-Lohn zu dulden. Wo ist der Ausweg? Seit Jahren gibt es Nachweise, daß auch Wirtschaftskonjunktur nicht zur Überwindung der Arbeitslosigkeit führt. Seit Jahren gibt es Zeitungen, in denen gefragt wird: Sind die Statistiken aus Nürnberg geschönt? Werden Ein-Euro-Jobber und Niedrigstverdiener nicht längst als *»Erwerbstätige«* geführt?



Vor 4 Jahren: Die 2. Eberswalder Montagsdemo am 30. August 2004 hatte noch über 600 Teilnehmer.

Wenn man exakt definieren würde, was *»erwerbstätig«* heißt, dann würde sich sofort erweisen, daß in der Bundesrepublik 9 Millionen Arbeitsplätze fehlen, und wenn man noch ein bißchen weiter denkt, dann zeigt sich, daß in der Bundesrepublik 13 oder gar 18 Millionen Normal-Arbeitsplätze fehlen. In der kapitalistischen Marktwirtschaft, wie wir sie gegenwärtig haben, ist das Defizit gewollt: Je größer die Angst vor Arbeitslosigkeit, desto schwächer sind die abhängig Beschäftigten, wenn es gegen Arbeitshetze, Mehrarbeit und Zurückbleiben der Löhne hinter der Inflation geht.

Deshalb sind Erwerbslose ebenso wie Beschäftigte daran interessiert, den Kampf um Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit gemeinsam aufzunehmen:

35 Wochenstunden, 30 Wochenstunden, mit Lohnausgleich, dann werden Arbeitsplätze frei für alle. Dann muß das Kapital sehen, Leute zu finden, die für gerechten Lohn arbeiten. Das ist unsere Auslegung der Marktgesetze.

Es wird höchste Zeit, die Frage so zu stellen auf unsren Montags-Demos. Das wird auch diejenigen interessieren, die noch nicht wissen, wie sie sich gegen Angst vor Arbeitslosigkeit wehren sollen. Unsre Klage gegen Hartz IV wird erst wirksam, wenn wir die Strategie verkünden, wie Hartz IV zu überwinden ist:

Alos und Erwerbstätige gemeinsam!

Da haben wir noch viel zu lernen. Lohnt das etwa nicht? Wir wollen doch wieder mehr werden auf unsren Demos. Da genügt es nicht, unsren Ärger auszusprechen. Da heißt es nachdenken, wie wir verborgenes Interesse wecken.

(Aus »Artikel Eins«, Nr. 16/2008)

Für'n Appel und 'n Ei?

Zu einer Gesprächsrunde hatte der Stadtvorstand der LINKEN Bernau am 25. August interessierte Bürgerinnen und Bürger in den Bernauer »Treff 23« eingeladen. Für die Auseinandersetzung um die bundesweite Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes waren die Bürgerberaterin der Arbeitslosen-Service-Einrichtung Bernau Heidrun Sprunk und der Betriebsratsvorsitzende der Kamps Brot- und Backwaren GmbH Bernau Uwe Meier als kompetente Gesprächspartner geladen.

»Die realen Löhne in den niedrigen Einkommensklassen sanken innerhalb von 10 Jahren um knapp 14 Prozent«, so Moderatorin Dr. Dagmar Enkelmann in ihren einführenden Worten. *»Die Schere zwischen niedrigen und hohen Löhnen geht immer weiter auseinander. Dies belegt inzwischen auch eine Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen.«*

Die Bundesregierung rühmt sich der enormen Senkung der Arbeitslosenzahlen – allerdings zu Lasten der Betroffenen, denn Minijobber, Leiharbeiter, Ein-Euro-Jobber, ja sogar Praktikanten fallen ebenso aus der Statistik wie Nichtleistungsempfänger. Meier bestätigte, daß auch in Bernau immer mehr Firmen zur Senkung ihrer Sozialausgaben auf die eben Genannten zurückgreifen. Bundesweit gibt es 130 Tarifverträge, in denen Bruttolöhne von nur drei bis vier Euro gezahlt werden. Es gibt 1,5 Millionen sogenannte Aufstocker, d.h. Arbeitnehmer, die voll beschäftigt sind und trotzdem mit ihrem Einkommen kein selbstbestimmtes Leben mehr führen können, also Anspruch auf ergänzendes ALG-II haben.

Warum ist in Europas reichstem Land nicht möglich, was in 20 EU-Staaten längst Selbstverständlichkeit ist – ein gesetzlicher Mindestlohn? Seit drei Jahren fordert die Bundestagsfraktion der LINKEN die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes. Zweimal wurden die Anträge der Bundestagsfraktion DIE LINKE durch CDU/CSU, SPD und FDP abgelehnt. DIE LINKE wird nicht locker lassen.

Aber was kann konkret in den Kommunen getan werden? Als Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der SVV Bernau forderte Dagmar Enkelmann ein Landesvergabegesetz, daß es ermöglicht, öffentliche Aufträge nur an solche Unternehmen zu vergeben, die auch Mindestlöhne zahlen. Uwe Meier und Heidrun Sprunk unterstützen diese Forderungen. Beide kandidieren übrigens ebenso wie Dagmar Enkelmann auf der Liste DIE LINKE am 28. September 2008 für die Stadtverordnetenversammlung Bernau b. Berlin.

BÄRBEL MIERAU

Anzeige

Attr. jg. politisch aktiver Mann, in der Mitte des Lebens stehend, 1 erw. Sohn, sucht auf diesem Wege lebenswerte, an mehr als nur Politik interessierte Partnerin für gemeinsame Aktivitäten. Nur ernstgemeinte Zuschriften (mit Bild wäre angenehm) an Barnimer Bürgerpost, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde, Chiffre 2008091.

Schröder schlägt wieder zu!

Zwischen Abtreibungsbefehl und Gebärzwang

Achtung – Schröder hat sich wieder ein Interview besorgt. Nicht der »Männerfreund« des lupenreinen Ex-KGB-Obristen; »uns« Gerhard hat (gut getarnt) mit Öl und Gas zu tun und sorgt mit für anständige Preise. In diesen Sphären beißt man sich nicht an jedem Mikrophon fest, das einem hingehalten wird.

Ganz anders der kleine Richard, der es eher dem anderen Ex-Kanzlisten nachtut und verbale Duftmarken setzt, wo er nur kann. Aber während Schnauzen-Schmidt im Stile eines weisen Methusalems in gut gespielter Bedachtsamkeit den Tölpeln im Lande die Weltlage erläutert, hat es Richarden wieder mal die DDR angetan. Freudig erregt hüpf er dem Magdeburger Ministerpräsidenten zur Seite und äußert sich, nicht minder peinlich, zum Zusammenhang zwischen DDR-Praxis bei Schwangerschaftsunterbrechungen und Kindestötungen heute. Wir haben also einen neuen Töpfchen-Pfeiffer mit drei Eff.

Zum »Abtreibungswesen« in der DDR weiß Schröder (Richard) zu vermeiden: *Der Staat (hat) Menschen als Material und Abtreibung als ein Instrument betrachtet. Als ein Mittel für die höhere Verfügbarkeit von Arbeitskräften – oder auch von Spitzensportlerinnen. Man wollte Arbeits- und Leistungsausfall vermeiden. Und so wurde Schwangeren bei Bedarf gesagt: »Sie müssen doch an die gesellschaftlichen Interessen denken. Stellen Sie nicht Ihre privaten Interessen in den Vordergrund!«* So war das also. Dabei hat der kühne Erinnerer die krassesten Fälle sogar verschwiegen – die Parteibeauftragten, die der geschlechtlichen Beiwohnung beiwohnen mußten, um im Ergußfalle schnell die Hand vorzuhalten; die Zwangsdelegationen von Mehrfachmüttern an die BAM; die Aberkennung der Heckert- und Hockaufmedaillen für brünstige Väter. Oder aber die Tatsache, daß das sog. Abtreibungsgesetz das einzig einigermaßen demokratisch zustandegekommene in der Geschichte der Folgskammer war, es gab (erlaubtermaßen zwar, aber doch) Gegenstimmen. Mag man das noch als Inszenierung verstehen, die zahlreichen kinderfreundlichen Maßnahmen, die zeugungsermunternden nicht rückzahlbaren Kredite, der Schwangerschaftsurlaub mit garantierter Arbeitsplatzsicherung, die Privilegien für Kinderreiche waren keine – für den »sozialen« Demokraten kein Thema. Nur am »Spiegel«-Rand vermerkt er, das habe was mit Demographie zu tun. Also wat denn nu? Gebärverbot oder Demodingsda?

Der Herr und Genosse Professor Richard Schröder lehrt neben Theologie auch Philosophie (!). Zumindest aus seinem Zweitfach, das nicht seine Stärke sein dürfte, müßte er wissen, daß man den Fakten glauben, sie aber nicht dran glauben lassen muß. Sonst gerät man nicht nur in den Dunstkreis Böhmers, sondern auch in den Ruch des Demagogen.

Dr. STEFFEN PEITSCH

DGB-Mindestlohn-Truck in Eberswalde

Eberswalde (dgb/bbp). Im Rahmen der DGB-Kampagne »Mindestlöhne« erreicht der Mindestlohn-Truck Anfang September die Region Ostbrandenburg. Der weithin sichtbare rote Container mit der Ausstellung »Arm trotz Arbeit« ist inhaltlicher und optischer Mittelpunkt der Aktionstage in mehreren Städten in Ostbrandenburg.

Am Dienstag, den 9. September, ist der Truck auf dem Eberswalder Marktplatz. Im Anschluß an den Aktionstag findet um 16 Uhr eine regionale Mindestlohn-Konferenz statt.

Ort der Konferenz ist der Plenarsaal des Kreistages Barnim im Paul-Wunderlich-Haus. Die Konferenz widmet sich dem Thema: »Brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn? - Sichert der gesetzliche Mindestlohn ein Einkommen zum Auskommen?« und richtet sich an ehrenamtliche und hauptamtliche Aktive in den Gewerkschaften.

Der Mindestlohn-Truck fährt anschließend weiter und ist am 10. September in Prenzlau, am 11. September in Angermünde und am 12. September in Templin.

»Gerade Dich, Arbeiter, wollen wir...«

Ausstellung der Hans-Böckler-Stiftung und des DGB im Eberswalder Rathaus

Eberswalde (dgb). Seit dem 1. September gastiert im Eberswalder Rathaus die Ausstellung »...gerade Dich, Arbeiter, wollen wir – Nationalsozialismus und freie Gewerkschaften im Mai 1933«. Sie wurde am Weltfriedenstag gemeinsam vom Bürgermeister der Stadt Eberswalde Friedhelm Boginski und dem Vorsitzenden der DGB Region Ostbrandenburg Olaf Himmel eröffnet.

Die Wanderausstellung ist bundesweit unterwegs und fand bereits in vielen Städten große Beachtung. Sie erinnert an die Ereignisse im Frühjahr 1933. Vor 75 Jahren stürmten Rollkommandos der Nazis die Gewerkschaftshäuser und andere Einrichtungen der Arbeiterschaft, nachdem der 1.Mai als Tag der Arbeit offiziell gefeiert werden durfte. Dann zerschlugen die Nazis zielstrebig und gewaltsam die demokratische, freie Arbeiterbewegung als Teil einer potentiellen Oppositionsbewegung. Viele Gewerkschafter wurden mißhandelt, verhaftet, in KZs verschleppt, ermordet. Diese Ausstellung zeichnet diese Entwicklung nach und zeigt auf, wie die Gewerkschaftsbewegung erst umgarnt und in Sicherheit gewiegt wurde, um am 2. Mai 1933 zerschlagen zu werden. Damit begann auch der lange Kampf im Untergrund für die Arbeiterbewegung.

Die Ausstellung möchte nicht nur die Erinnerungen wachhalten. Sie will auch eindringlich darauf hinweisen, wohin es führt, wenn Diskriminierung, Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit an der Tagesordnung und vom politischen System gewollt sind.

Auch heute verherrlichen Ewiggestrige die Kriegsgreuel, treten Grundrechte mit Füßen und leugnen den Massenmord an den Juden. Vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen in Brandenburg zeigt die Exposition der Hans-Böckler-Stiftung und des DGB auch die Konsequenzen dieser schmerzlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung auf, für Demokratie, Freiheit, Mitbestimmung und gegen jede Form rechtsextremer Tendenzen einzustehen – auch an der Wahlurne. Zivilcourage lautet das Gebot der Stunde. Denn die Feinde der Demokratie haben in einem demokratischen Parlament nichts zu suchen. Sie mißbrauchen das Wahlrecht, um ihre Propaganda zu betreiben und auf schwierige Problemen mit populistischen Forderungen zu reagieren.

Der 1.September, der jedes Jahr als internationaler Weltfriedenstag begangen wird, bot für diesen Ausstellungsbeginn einen würdigen Rahmen. Die 25 Schautafeln sind bis 19. September im Eberswalder Rathaus zu sehen.

Kranbau-Vorstand verfälscht die Geschichte

Eberswalde (bbp). »Das Unternehmen war immer intakt und erfolgreich, wenn auch Eigentümer und Namen wechselten«, heißt es auf der neuen Internetseite des Kranbaus Eberswalde (www.kranunion.de). Dahinter steht die Absicht der Geschäftsführung, nahtlos an die Traditionen der 1902 in Eberswalde gegründeten Ardel-Werke anzuknüpfen, die »bereits in den 1930er Jahren Dreh-, Mobil- und Eisenbahnkrane sowie Verladebrücken« fertigten.

Nicht nur die Ardel-Werke als Waffenschmiede für den 1. und den 2. Weltkrieg werden dabei völlig ausgeblendet, sondern auch die brutale Ausbeutung von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen während des 2. Weltkrieges. Daß die Ardel-Brüder schon 1933 zu den

führenden Nazis in Eberswalde gehörten, wird ebenfalls verschwiegen.

Dabei ist auch die Aussage, daß Unternehmen sei »immer intakt« gewesen, schlicht falsch. Die Ardel-Werke, welche den Krieg weitgehend unzerstört überstanden hatten, wurden 1945/46 als faschistischer Rüstungsbetrieb vollständig abgebaut. Die Maschinen und Anlagen einschließlich der Fabrikhallendächer gingen als Reparationsleistungen in die Sowjetunion. Lediglich der Betriebsteil Eisengießerei blieb erhalten, wurde aber später nie wieder Teil des Unternehmens. Beim Kranbau Eberswalde handelt es sich um eine vollständige Neugründung, die im Jahr 1948 auf dem ehemaligen Ardel-Gelände realisiert wurde.

Leonard Euler und der Finowkanal

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat das Jahr 2008 zum Jahr der Mathematik ausgerufen. Das ist ein Anlaß auch einmal nachzudenken, welche berühmten Mathematiker einen Bezug zu Eberswalde und Umgebung hatten.

Als einziger ist bisher Leonhard Euler bekannt. Obwohl bereits das Jahr 2007 das Leonhard-Euler-Jahr war, sollte man nochmals an ihn erinnern, speziell an seine Tätigkeiten in Bezug auf Eberswalde und Umgebung.

Den meisten Lesern ist Leonhard Euler sicherlich durch die Eulersche Zahl ($e=2,71...$) bekannt. Oft begreift man die Bedeutung dieser Zahl nicht so richtig. Eine Interpretation von e ist zum Beispiel die folgende: Man stelle sich ein Grundkapital von 100 Euro vor, welches zu 100 % jährlich verzinst wird. Nach einem Jahr hat man dann einen Betrag von 200 Euro. Schlägt man aber nach einem halben Jahr die Zinsen dem Kapital zu, so hat man am Jahresende 225 Euro. Erfolgt die Verzinsung vierteljährlich, so haben wir bereits einen Betrag von 244,14 Euro zum Jahresende. Mit Hilfe eines Computers kann man leicht ausrechnen, daß beim täglichen Aufaddieren der Zinsen am Jahresende ein Betrag von 270,72 Euro entsteht. Je kleiner die Zeitintervalle zur Verzinsung gewählt werden, umso mehr Geld liegt am Jahresende vor. Diesen Prozeß kann man aber nicht beliebig fortsetzen, um möglichst viel Zinsgewinn am Jahresende zu erzielen. Der Betrag von $e * 100$ Euro ist die Grenze!

Die Zahl e ist erstmals im Jahre 1727 bei Euler im Zusammenhang mit einer Versuchsreihe zur Untersuchung von Maßsystemen so bezeichnet worden. Speziell ging es dabei um das erst 1938 von Bendford festgestellte und nach ihm benannte Gesetz.

Aber nicht nur bei der Eulerschen Zahl begegnet man dem Name Euler, sondern auch solche Begriffe wie Eulersche Summenformel, Eulersche Polyedersatz, Eulersche Gleichungen, Eulersche Formel, Eulersche Integrale finden wir in der Mathematik.

Neben der Mathematik wirkte Euler auch in anderen Wissensgebieten, so z.B. bei der Rentenrechnung, bei Lotterien, bei Linsenberechnungen in der Optik, in der Ballistik und bei Kartenentwürfen.

Euler verfaßte 866 Schriften! Damit war Euler der produktivste Mathematiker.

Er wurde am 15. April 1707 in Basel geboren und starb am 18. (bzw. nach dem damals in Rußland geltenden Julianischen Kalender am 7.) September 1783 in St. Petersburg. Es gibt eine Quelle, die berichtet, daß Leonhard Euler mitten bei der Arbeit starb. Andere Quellen berichten, daß er an diesem Tag vormittags arbeitete und am Nachmittag starb, während er mit dem Enkel spielte und rauchte. Im Jahre 1726 schloß Euler sein Studium in Basel ab. Bereits ein Jahr später nahm er eine Berufung nach St. Petersburg an. 1741 folgte er einem Ruf von Friedrich II. an die Akademie in Berlin. Euler arbeitete 25 Jahre in Berlin, geriet aber zunehmend in Streit mit Friedrich II. und

kehrte 1766 nach St. Petersburg zurück. Dort erschien 1770 sein sicherlich bekanntestes Buch »Vollständige Anleitung zur Algebra«, nachdem bereits 1768 eine russische Ausgabe veröffentlicht wurde. Fast die Hälfte seiner wissenschaftlichen Arbeiten entstand in der zweiten Hälfte seiner Petersburger Zeit. Das ist bemerkenswert, weil Euler zunehmend Probleme mit dem Sehen bekam, er war seit 1735 halbseitig und ab 1771 vollständig blind. Euler war nie in den Zentren der Wissenschaft die damals Paris und London darstellten, obwohl er Mitglied von deren Akademien war und mehrere Preise gewann. Seine Arbeiten, Briefe usw. sind gesammelt und gedruckt worden in dem Werk »Euleri Opera omnia«. Die Texte erschienen in 78 Buchbinderbänden, umfassen ca. 25000 Seiten, und waren 2007 für einen Preis von 8.645 Euro lieferbar. Wahrscheinlich werden noch mindestens drei Bände folgen.

Aus der Zeit seines Wirkens in Berlin ergab sich der Bezug zu unserer Region. Leonhard Euler begutachtete den Ausbau des Finowkanals. Er erhielt dazu am 30. April 1749 von Friedrich II. aus Breslau den Auftrag und meldete diesem bereits am 14. Mai 1749 aus Eberswalde Vollzug. Man vergleiche diese Termine mit den Bearbeitungszeiten der Gegenwart!

In diesem Antwortbrief werden Baumängel detailliert aufgezählt. Hier einmal ein kurzer Auszug Eberswalde betreffend: »... Die Kupfer-Hammer-Schleuse liegt etwas zu tief. Wann nun daselbst die Schleusen-Türen 8 Zoll erhöht werden, so ist um so viel mehr Wasser in dem Canal zu halten; ingleichen müssen die Wälle auf beyden Seiten erhöht und die Brücken nebst Frey-Archen von Kupfer-Hammer repariret, und am Hinter-Haupt der Canal vertieft werden.«

Über die Stadtschleuse schrieb Euler: »Bei Neustadt Eberswalde müssen die Schleusen-Türen mit 15 Zoll erhöht, und ein neuer Überfall, so 3 Zoll niedriger als die Schleuse, angelegt werden, damit bey starker Ergießung das Wasser die Schleuse nicht belästiget, sondern der Zug nach dem Überfall sich wenden muß; so ist auch nöthig, daß die Verwaltung considerabel erhöht wird.«

Leonhard Euler wurde vielfältig geehrt. Die DDR (3), die Schweiz (2) und die Sowjetunion (1) gaben Briefmarken zum Thema Leonhard Euler heraus. Auf der von 1976-1995 in der Schweiz gültigen Banknotenserie war Euler auf dem 10-Franken-Geldschein abgebildet, vielleicht ein Vorbild für die BRD, die Gauss von 1992-2001 auf dem 10-DM-Schein darstellte.

Der Mathematikhistoriker Dr. Rüdiger Thiele forschte bis zum Erreichen seines Ruhestandes am Karl-Sudhoff-Institut der Universität Leipzig, und hat sowohl eine Euler-Biographie, als auch mehrere Spezialbeiträge zu Leonhard Euler veröffentlicht.

Dr. ULRICH POFAHL

Rock me Amadeu III

6. September 2008, 16 - 22 Uhr
Park am Weidendamm Eberswalde
mehr Info: www.amadeu-antonio.de

Am 6. September 2008 veranstaltet die Bar-nimer Kampagne Light me Amadeu ihr nächstes »Rock me Amadeu« im Park am Weidendamm in Eberswalde. Unter den 5 gastierenden Metal-Bands sind u.a. Orphan Hate, einer der stärksten Newcomer des Jahres 2008 (Rock Hard), und die Kölner Band Coocoon.

Light me Amadeu ist eine junge Kampagne, die sich im Landkreis Barnim mit Rassismus und Diskriminierungen auseinandersetzt. Sie entstand Ende 2006 im Vorfeld des 16. Todestages von Amadeu Antonio, der 1990 in Eberswalde von einem rassistischen Mob erschlagen wurde.

Wir reagieren auch auf die zunehmenden rechtsextremen Aktivitäten im Landkreis Barnim. Für Nord-Brandenburg gibt es derzeit noch die Möglichkeit der Unterstützung aus dem Fonds »Kein Ort für Nazis«, den die Kampagne Light me Amadeu gemeinsam mit dem Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit vor der Kommunalwahl am 28. September aufgelegt hat.

Am 29. September wird die Kampagne mit anderen Brandenburger Preisträgern vom Bündnis für Demokratie und Toleranz im Wettbewerb »Aktiv für Demokratie und Toleranz« während eines Festaktes in Hohen-Neuendorf (bei Berlin) ausgezeichnet.

KAI JAHNS, Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit Eberswalde

»Deutschlandlieder«

Wir laden ein zu einem »Deutschlandlieder«-Abend mit Kerstin Kaiser & Jo Kokott (bekannt durch die Gruppe Wacholder) am Montag, 8. September, 19 Uhr im Saal »Zur Eiche« in Biesenthal.

Als Politikerin ist Kerstin Kaiser, Vorsitzende der Fraktion »Die LINKE« im Landtag, bekannt. Als Künstlerin kennen sie nur wenige. Diese Veranstaltung bietet eine gute Gelegenheit, sie einmal von einer ganz anderen Seite zu erleben, sanft, nachdenklich, erzählend, fordernd. Gemeinsam mit ihrem Ehepartner Jörg Kokott trägt sie Lieder und von Kokott vertonte Gedichte vor und erzählt so von Traditionen und Problemen in Deutschland gestern und heute. Er zählt zu denen die mit virtuosen Gitarrenklängen und sie durch eine klare Vokalisation bezaubert.



Anzeige

Frischen Wind in die Parlamente!

Mit diesem Slogan wirbt der Waldökologe Dr. Andreas Steiner im Rahmen der Brandenburger Kommunalwahlen 2008 für seine Person und bittet um das Vertrauen der Eberswalder Bürgerinnen und Bürger.

Der ehemalige Sozialdemokrat, der seine Partei im Mai dieses Jahres aufgrund inhaltlicher und persönlicher Differenzen verlassen hatte, kandidiert nun als parteiloser und eigenständiger Kandidat auf der Liste von Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkreis Eberswalde I (Finow, Brandenburgisches Viertel, Clara-Zetkin-Siedlung, Spechthausen). Für den Kreistag Barnim und für die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde. Sein Wahlkampfflyer, den er in den nächsten Wochen verteilen wird, ist bereits auf dem Barnim-Blog (www.bar-blog.de) veröffentlicht worden und kann dort nachgelesen und heruntergeladen werden.



Dr. Andreas Steiner

ver.di-Mitglied Steiner strebt eine bessere Sozial-, Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik in Eberswalde an und sieht sich als Interessenvertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit und ohne Job, der sozial Benachteiligten sowie der Naturfreunde. Er möchte »daß in den Parlamenten frischer Wind Einzug hält und der Mief alter Seilschaften endlich aufgelöst wird« und wünscht sich eine bürgerfreundliche Kommunalpolitik sowie transparente entbürokratisierte Verwaltungen. Zugleich kündigt er an, mit allen demokratischen Kräften zusammen arbeiten zu wollen, welche eine partei- und organisationsübergreifende kompetente Sachpolitik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger anstreben. Zugleich möchte er allen Menschen gerecht werden, die eine Erneuerung der Politik in Eberswalde und im Barnim herbeisehnen und von ihren Volksvertretern Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit, Rückgrat und Gemeinsinn erwarten. Alte Werte, die nie ihre Gültigkeit verlieren!

Zudem hat sich Dr. Andreas Steiner den Leitspruch von Otto Brenner (1968), einem großen westdeutschen Gewerkschafter, zur Maxime seines politischen Handelns gemacht. Er lautet: »Nicht Ruhe, nicht Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit«.

Anzeige

Meine Unterstützung für Carsten Zinn Ortsvorsteher für das Brandenburgische Viertel

Ich wähle Carsten Zinn, weil unser Wohngebiet jemanden braucht, der unsere Interessen, Wünsche und Vorstellungen offensiv und gegebenenfalls mit dem nötigen Nachdruck gegenüber der Stadtverwaltung und in der Stadtverordnetenversammlung vertritt, die Probleme offen benennt und dabei die Einwohnerinnen und Einwohner in unserem Kiez einbezieht und ihr Engagement fördert.

Gerd Markmann

Kandidat der LINKEN für die StVV Eberswalde im Wahlkreis 1 (Finow, Brdgb. Viertel, Spechthausen)

Rock me Amadeu III

6. September 2008, 16.00 - 22.00 Uhr, Park am Weidendamm Eberswalde, mehr Info: www.amadeu-antonio.de



Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____
2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telex: (0 18 05) 22 10 40 973
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: G. Markmann (3), U. Markmann, Steiner, Triller
druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18
redaktionsschluß: 30. August 2008

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 4.10.2008, 12 Uhr.